

Wir kommen zu den Abstimmungen über den Einzelplan 12 des Ministeriums der Finanzen und der Finanzverwaltung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6812, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Zuerst stimmen wir über die folgenden Änderungsanträge ab.

Wir stimmen über den Änderungsantrag Drucksache 18/6964 ab. Die Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand.

(Heiterkeit und Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von Thorsten Schick [CDU] – Unruhe von der SPD)

– Ja, ich muss noch warm werden. Ich wollte gleich am Anfang testen, ob das heute den ganzen Tag funktionieren kann. – Also: Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/6964** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir stimmen jetzt über den Änderungsantrag Drucksache 18/6965 ab. Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die Fraktion der FDP.

(Unruhe von der SPD – Ina Blumenthal [SPD]: Meine Hand war oben! – Zustimmung von Christian Dahm [SPD] und Alexander Baer [SPD] – Zuruf von der CDU: Oh!)

Ich wiederhole das Prozedere. Wir haben nur noch knapp 13 Stunden, wir schaffen das.

(Heiterkeit – Stefan Zimkeit [SPD]: Um welchen Änderungsantrag geht es? – Gregor Golland [CDU]: Sie brauchen Führung! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich lasse noch einmal über den Änderungsantrag Drucksache 18/6965 abstimmen. Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag mit diesem **Abstimmungsergebnis Drucksache 18/6965** angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/7086. Antragstellerin ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer

stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 18/7086** abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 12 in der soeben geänderten Fassung selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 12 zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 12 in der soeben geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen zum Befinden über die mittelfristige Finanzplanung. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat die Vorlage 18/1417, die Finanzplanung von 2023 bis 2027, zur Kenntnis genommen. – Ich sehe keinen Widerspruch und stelle somit fest, dass die **Kenntnisnahme durch das Plenum erfolgt** ist.

Ich weise auf Folgendes hin: Die Abstimmungen über den Einzelplan 20 und den Text des Haushaltsgesetzes 2024, dessen Anlagen, die dazugehörigen Änderungsanträge sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 werden wir – wie bereits angekündigt – erst morgen nach der Beratung aller Einzelpläne vornehmen. Wir werden dann auch über die Rücküberweisung der Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

Wir kommen zu:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6802 hin. Ich weise des Weiteren auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Ich rufe auf:

a) Staatskanzlei

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Wolf das Wort.

Sven Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Krisen auf der ganzen Welt fordern auch unsere Demokratie, und wir sollten gemeinsam immer wieder deutlich zeigen, dass Demokratien Krisen bewältigen können. Das habe ich bereits im vergangenen Jahr bei den Beratungen zum damaligen Einzelplan 02 gesagt.

Ich glaube, wir hatten uns alle gemeinsam gewünscht, dass die Zeiten etwas einfacher werden. Das ist leider

nicht passiert. Gerade jetzt müssen wir stärker erklären, wie gut unsere Demokratie funktioniert. Ein wichtiger Akteur ist dabei natürlich die Landeszentrale für politische Bildung, die Sie aktuell massiv schwächen und schleifen.

Öffentlichkeitsarbeit kann dabei aber auch helfen, und auch die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung könnte einen Beitrag darstellen. Diese Mittel sind kaum gestiegen und werden im Wesentlichen für schöne Fotos des Ministerpräsidenten ausgegeben. Das entspricht ja auch Ihrer Grundidee des Regierens: Es geht nicht darum, irgendwelche politischen Entscheidungen zu erklären – die treffen Sie nämlich nicht; Sie zeigen immer nur nach Berlin –, sondern es geht Ihnen um Repräsentation.

(Beifall von der SPD und Dirk Wedel [FDP])

Deswegen verwundert es auch nicht, dass die Renovierungskosten der Staatskanzlei explodieren. Sie liegen jetzt schon bei über 50 Millionen Euro; das ist die Grenze, die Sie gerissen haben. Wir stellen uns die Frage: Was ist die nächste Hürde, die Sie überspringen wollen?

Auch wenn Sie, Herr Liminski, immer wieder betonen, das sei doch alles im Rahmen, sei angemessen, absolut bescheiden und nichts anderes als im IKEA-Katalog – das ist es nicht. Sie wissen nämlich immer noch nicht, wie hoch die künftigen Mieten auf den Landeshaushalt durchschlagen. Sie agieren hier vollkommen im Blindflug.

Wen haben wir bei der Stärkung der Demokratie denn noch an unserer Seite? Ich bin der Meinung: das Ehrenamt. Wer sich engagiert und seine eigene Zeit für andere einbringt, dem ist die Zukunft unserer Gesellschaft nicht egal, dem ist auch die Zukunft unseres Staates nicht egal, dem ist das Miteinander wichtig. Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass im Einzelplan 02 für diesen Bereich nahezu unverändert Mittel ausgegeben werden.

Es fehlen aber weiterhin mutige Ansätze für Elemente der partizipativen Demokratie. Sie könnten etwas mutiger werden, solche Instrumente auszuprobieren.

Einen wichtigen Beitrag für die Debattenkultur können auch Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten. Sie können auch eine klare Stimme in schwierigen Diskussionen sein. Das gelingt aber auch nur dann, wenn diese Einrichtungen Vertrauen in der gesamten Bevölkerung genießen.

Vergangenen Montag wurde in Berlin die sechste Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung vorgestellt, diesmal von der EKD und der katholischen Kirche gemeinsam. Sie zeigt leider, dass das Vertrauen in Kirche und Religion massiv zurückgeht. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass dieses Vertrauen wiederhergestellt werden kann, damit die Kirchen auch

weiterhin einen wichtigen Beitrag in schwierigen Debatten leisten können.

Am 7. Oktober kam eine neue große Sorge hinzu: Jüdinnen und Juden werden bedroht und angefeindet. Manche verstecken sich, verschweigen, dass sie Juden sind. Das ist insbesondere in Deutschland ein sehr verheerendes Signal, in einem Land, das aufgrund seiner dunklen Geschichte eine so große Verantwortung für die Zukunft trägt. Diese Verantwortung tragen nicht nur wir Deutschen, sondern alle, die in diesem Land leben. Wir dürfen es daher nicht akzeptieren, wenn Judenhass und Hass auf den Staat Israel in unseren Straßen skandiert werden.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben im März ein wichtiges Zeichen für das jüdische Leben in unserem Land gesetzt, als wir alle gemeinsam einen Antrag zur Pflege jüdischer Friedhöfe eingebracht haben.

Wir haben die Regierung aufgefordert, die Pflegepauschale zu verdoppeln. Das findet sich im Einzelplan wieder. Die Pauschale wird auf 2,10 Euro pro Quadratmeter erhöht. Das sind gute Ansätze im Haushalt. Sie entstammen aber im Wesentlichen gemeinsamen Initiativen.

Ihre eigenen Initiativen und Schwerpunkte fehlen, Ihnen laufen die Kosten der Staatskanzlei aus dem Ruder. Deswegen werden wir Ihrem Einzelplan ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, die Redezeit.

Sven Wolf (SPD): ... nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Wolf. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Hagemeier.

Daniel Hagemeier* (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik benötigt Zustimmung. Die erhalten wir dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben können, dass unser Land in guter Hand ist. Dazu gehören Transparenz, Verlässlichkeit, Vernunft und Glaubwürdigkeit. Dies verspielt die Ampel in Berlin leichtfertig.

Unsere Zukunftscoalition von CDU und Grünen in NRW und die durch sie getragene Landesregierung tun alles dafür, Vertrauen herzustellen und zu bewahren. Das ist unverzichtbar für den Zusammenhalt unserer demokratischen Gesellschaft. Wir stärken jene, die unsere Demokratie und das Miteinander in

unserem Land stärken, und wir bekämpfen alle, die mit ihrem extremistischen Populismus die Sorgen der Menschen instrumentalisieren, um letztlich unsere Verfassung zu bekämpfen. Unsere Toleranz hat ihre Grenzen, wo die Intoleranz beginnt. Das gilt gerade jetzt in unserer Zeit der Kriege, der Krisen, des Wandels und der damit verbundenen Herausforderungen.

Wir sorgen durch Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Weitblick im Regierungshandeln für Vertrauen und Stabilität. Beides sind Voraussetzungen für die gute, sichere, zukunftsorientierte und prosperierende Entwicklung unseres Landes. So tragen wir mit unserer Politik dafür Sorge, dass NRW auch in Zukunft für alle 18 Millionen Menschen, die hier leben, ein guter Ort zum Lernen, Leben und Arbeiten bleibt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der vorliegende Haushaltsentwurf für den Einzelplan des Ministerpräsidenten spiegelt diese Philosophie des Prinzips Verantwortung wider. Er schafft die finanziellen Voraussetzungen für die Arbeitsfähigkeit der Staatskanzlei und so für die Erfüllung ihrer für das Funktionieren der Regierungsarbeit unverzichtbaren Aufgaben. Die veranschlagten Mittel zur Stärkung der IT-Infrastruktur der Staatskanzlei sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Beitrag zur Realisierung einer höheren Resilienz.

Was zunächst etwas abstrakt klingen mag, wird schnell plastisch, wenn wir uns die diversen Fälle von Cyberangriffen aus den zurückliegenden Monaten – auch aktuell sind sie noch Thema – vor Augen führen. Internet, Digitalisierung und künstliche Intelligenz bieten uns gute Möglichkeiten, die wir im Interesse und zum Wohle der Menschen unseres Landes nutzen müssen. Wo Technologien Menschen betreffen, da sollten immer auch Geisteswissenschaftler, Rechtswissenschaftler und Sozialwissenschaftler beratend involviert sein.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Mit der weiteren Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes werden zunehmend mehr staatliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger per Mausclick erreichbar. Damit verbindet sich die große Chance, die Menschen strukturell von langen Wegen, Wartezeiten und Unwägbarkeiten zu entlasten.

Wie Ihnen bekannt ist, bearbeitet die Staatskanzlei in eigener Zuständigkeit wichtige Themenfelder von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Dazu gehören unter anderem die Demokratieförderung, die Förderung der politischen Bildung, die Begegnung aller Formen des Extremismus und insbesondere des Rechtsextremismus sowie die Förderung bürgerchaftlichen Engagements.

Ich freue mich in diesem Zusammenhang besonders, dass wir trotz der angespannten Haushalts-

situation mit dem vorliegenden Etatentwurf auch im Haushaltsjahr 2024 wichtige Projekte fort- bzw. umsetzen können. Ich denke dabei unter anderem erstens an die Umsetzung der Ehrenamtsstrategie für das Land NRW, zweitens an den Ausbau des Kommunen-Netzwerks „engagiert in NRW“, drittens an unsere Unterstützung bei der Einführung der Ehrenamtskarte NRW in den Städten, Gemeinden und Kreisen des Landes und viertens an die finanzielle Stärkung der Arbeit gegen Antisemitismus, einschließlich der Präventionsarbeit.

Lieber Herr Kollege Sven Wolf, die Einrichtung einer Stabsstelle bedeutet keine Schwächung, sondern zum jetzigen Stand eine deutliche Aufwertung

(Sven Wolf [SPD]: Das sehen aber alle anders!)

und bündelt Kompetenzen in der politischen Bildung insgesamt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Sven Wolf [SPD]: Das größte Bundesland hat damit die schwächste Landeszentrale! – Zuruf von Klaus Vossemer [CDU])

Zwei weitere Punkte sind mir noch besonders wichtig. Wir werden die Servicestelle SABRA der jüdischen Trägerschaft in Düsseldorf nochmals finanziell stärken. Die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus spielt eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung von Schulen im Umgang mit Antisemitismus. Durch die Stärkung von SABRA wollen wir sicherstellen, dass Schulen nicht nur auf Vorfälle von Antisemitismus reagieren, sondern auch proaktiv Strategien zur Prävention entwickeln und ein Klima der Toleranz und des gegenseitigen Respekts fördern. Hierfür wird der Ansatz um 220.000 Euro erhöht.

Zweitens werden wir die Landeszentrale für politische Bildung finanziell stärken, indem wir 650.000 Euro zusätzlich für die Einführung eines Programms zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und dem Nahostkonflikt zur Verfügung stellen. Sie soll zukünftig auch digitaler und moderner ausgestattet sein.

Zu den beiden letzten Punkten haben CDU und Grüne Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf eingebracht, und das war uns auch in der aktuellen Situation sehr wichtig.

Daher danke ich in diesem Zusammenhang sehr herzlich unserem Koalitionspartner sowie unserem Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk, dass wir gemeinsam mit den beiden genannten Initiativen ein so klares wie wichtiges Zeichen setzen können – und dies trotz einer so angespannten Finanzlage.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Rede.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Das wäre mein Hinweis gewesen, Herr Kollege.

Daniel Hagemeier* (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Mit dem vorliegenden Etatentwurf stärken und sichern wir die Arbeitsfähigkeit der Staatskanzlei. Die Förderung von Demokratie, politischer Bildung und des Ehrenamtes hat trotz schwieriger finanzieller Vorzeichen Priorität. Außerdem setzen wir unseren Kampf gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit fort.

Ich danke unserem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst sowie dem Chef der Staatskanzlei und Minister Nathanael Liminski für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Zurufe von der SPD: Hey, hey! – Christian Dahm [SPD]: Fehlen jetzt nur noch die Blumen!)

Bitte geben Sie das auch an das Team weiter. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Das war jetzt genug des Dankes, Herr Kollege. Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Man merkt: Wir befinden uns am Anfang der Haushaltsplanberatungen. Wenn sich das so weiter zieht, korrigiere ich das zu erwartende Ende der heutigen Sitzung von Mitternacht auf 1 Uhr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Nächstes spricht für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Ministerpräsidenten hat im Verhältnis zum Volumen des Gesamthaushalts zwar eher geringes Gewicht, aber er ist besonders sensibel. Gerade im Umgang der Staatskanzlei mit den eigenen Bedürfnissen einer Regierungszentrale sowie den dort verantworteten gesellschaftspolitisch besonders relevanten Themen offenbaren sich die Prioritätensetzungen dieser Landesregierung.

In manchen durchaus sehr wichtigen Punkten stimmen wir mit Ihnen überein. Ich danke Herrn Minister Liminski für seinen Einsatz für die im Frühjahr von CDU, SPD, Grünen und FDP beantragte Erhöhung der Pauschale für die Pflege und Instandhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe. Mit der Verdoppelung des Ansatzes im Haushaltsentwurf bekundet das Land seine Bereitschaft, einen größeren Beitrag zu leisten.

(Beifall von der FDP und von Sven Wolf [SPD])

Gemeinsam mit CDU, SPD und Grünen beantragen wir auch eine Erhöhung der Zuschüsse an die jüdischen Gemeinden in Höhe von 1,5 Millionen Euro.

Da infolge der schrecklichen Ereignisse vom 7. Oktober in Israel auch in Nordrhein-Westfalen erheblich mehr antisemitische Vorfälle zu verzeichnen sind, bedarf es erhöhter Anstrengungen zum Schutz jüdischer Einrichtungen. Auch die Anhebungen der Transfermittel der Antisemitismusbeauftragten begrüßen wir als wichtigen und notwendigen Schritt, dem verstärkt sichtbaren Antisemitismus entgegenzuwirken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Wibke Brems [GRÜNE])

An anderer Stelle in diesem Einzelplan setzt die Landesregierung dagegen eindeutig die falschen Prioritäten. Gespart wird in diesem Einzelplan nämlich ausschließlich bei anderen, vor allem bei Zuwendungsempfängern. An Transparenz dazu hat es Minister Liminski – wie erfreulicherweise in den gesamten Haushaltsberatungen – nicht mangeln lassen. Bei der Vorstellung des Einzelplans im Hauptausschuss am 14. September führte er aus – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Sie sehen also, dass wir durch die Bank überall dort, wo aus Ressortaufgaben der Staatskanzlei gefördert wird, unseren Sparbeitrag geleistet haben.“

Der Betrieb der Staatskanzlei mit ihren vier Standorten stehe als Sparpotenzial nicht zur Verfügung.

Nun sind beispielsweise erweiterte Servicezeiten für die IT-Betreuung der Staatskanzlei – Kostenpunkt ca. 300.000 Euro zusätzlich – an sich nichts Schlechtes. Die Frage ist nur, ob das in der aktuellen Haushaltssituation wirklich erforderlich ist, wenn man beispielsweise gleichzeitig den Ansatz der Zuweisungen an freie Träger zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements um 117.000 Euro senkt.

Und nicht nur das: Von den 24 Millionen Euro, die 2021 für die Engagementstrategie als Selbstbewirtschaftungsmittel zur Verfügung gestellt wurden, werden ungefähr 13,5 Millionen Euro wieder in den Einzelplan 20 zur Stützung des ansonsten unausgeglichene Haushalts zurückübertragen.

Im Bereich „Ehrenamt“ fahren Sie die Mittel so weit herunter, dass das Flaggschiff der Engagementstrategie – das Förderprogramm „2.000 x 1.000“ – nach einer Beerdigung zweiter Klasse im Einzelplan 10 wohl entfallen wird. Damit geben Sie das mit der höchsten Breitenwirkung versehene Programm zur Förderung des Ehrenamtes auf.

Nach einer repräsentativen Umfrage, die im Auftrag der Körber-Stiftung im Sommer dieses Jahres durchgeführt wurde, haben nur noch 43 % der Befragten sehr großes bzw. großes Vertrauen in die Demokratie, während 54 % der Befragten weniger oder nur geringes Vertrauen in die demokratischen Strukturen bekundet haben. Dies ist ein Alarmzeichen. Gleichzeitig den Titel der Landeszentrale für politische

Bildung, aus dem die Demokratieförderung bestritten wird, um 860.000 Euro zu senken, ist unverantwortlich.

(Beifall von der FDP und von Sven Wolf [SPD])

Wir beantragen wegen des höheren Bedarfs, diese Mittel um 1,36 Millionen Euro zu erhöhen.

Einem Bericht des WDR aus der vergangenen Woche zufolge beabsichtigt die Landesregierung, eine Stabstelle bei der Staatssekretärin im MKW für die Extremismusprävention einzurichten, für die die Landeszentrale für politische Bildung personell zur Ader gelassen werden soll.

Auch solle das Thema „Erinnerungskultur“ aus der Landeszentrale in die Weiterbildungsabteilung des MKW verlagert werden. Sollte sich dies bewahrheiten, ist zu befürchten, dass sich die 650.000 Euro aus dem schwarz-grünen Änderungsantrag als Danaergeschenk erweisen werden. Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung darf nicht geschwächt, sondern sie muss gestärkt werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Ministerpräsidenten kann auf das Ganze gesehen nicht überzeugen und setzt falsche Prioritäten. Die FDP-Fraktion lehnt den Einzelplan 02 daher ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Wedel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass Verena Schäffer untröstlich ist, heute nicht zu diesem Einzelplan reden zu können, aber ich übernehme gerne, um auch deutlich zu machen, welche zentrale Rolle die Staatskanzlei – und damit auch dieser Einzelplan – neben den offensichtlichen Aufgaben auch in den Abstimmungsverfahren im Bundesrat und innerhalb der Landesregierung sowie mit den Vertretungen in Berlin, Brüssel und dem NRW-Büro in Tel Aviv spielt.

Ich bin davon überzeugt, dass eine Staatskanzlei auch ein angemessenes Gebäude braucht. Dass es bei der Sanierung des Landeshauses zu gestiegenen Baukosten gekommen ist, ist zweifelsohne ärgerlich. Aber bei aller Sympathie für ein bisschen Klassenkampfrhetorik: Ein Palast, wie die SPD es in einer Pressemitteilung erst kürzlich behauptet hat, ist die Staatskanzlei nun wirklich nicht.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Doch!)

Selbstverständlich gehört der Empfang wichtiger Gäste zu der Rolle der Staatskanzlei und ist auch im Interesse unseres Landes. Darüber hinaus ist die Staatskanzlei eng vernetzt mit wichtigen Akteuren aus unserer Gesellschaft; denn sie ist zuständig für die Religionsgemeinschaften, für den Sport und für das Ehrenamt.

Von besonderer Bedeutung ist insbesondere jetzt der enge und vertrauensvolle Austausch mit den jüdischen Gemeinden. Dass uns jüdisches Leben in NRW wichtig ist, haben wir in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht. Dazu gehört auch die Instandhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe. Die Landesregierung hat mehr Geld zur Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe eingestellt und damit einen Beschluss des Landtags umgesetzt. Das ist auch ein gutes Beispiel für die gute Zusammenarbeit der demokratischen Fraktionen im Hauptausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Jüdisches Leben zu fördern und vor allem auch zu schützen, steht jetzt im Vordergrund. Seit dem furchtbaren Angriff der terroristischen Hamas auf Israel am 7. Oktober sehen wir einen besorgniserregenden Anstieg antisemitischer und antiisraelischer Vorfälle – auch in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam haben wir demokratischen Fraktionen deutlich gemacht, dass wir jede Form des Antisemitismus verurteilen. Wir müssen alles dafür tun, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland und in NRW sicher und ohne Angst leben können.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Deshalb ist es wichtig, dass wir neben den zusätzlichen 11,5 Millionen Euro der Landesregierung in der Ergänzungsvorlage für bauliche Maßnahmen mit einem interfraktionellen Änderungsantrag der demokratischen Fraktionen den Schutz jüdischer Einrichtungen stärken.

Wir wollen, dass Jüdinnen und Juden in NRW jeden Tag sicher sind. Das erreichen wir aber nicht nur durch bauliche Schutzmaßnahmen, sondern insbesondere durch die Bekämpfung von Antisemitismus. Deshalb bin ich froh, dass die schwarz-grünen Regierungsfaktionen eine Verstärkung der Mittel für die Beratungsstelle SABRA im Einzelplan des Schulministeriums einstellen werden.

Der Hauptausschuss ist nicht nur für die Staatskanzlei, sondern auch für die Landeszentrale für politische Bildung im Wissenschaftsministerium zuständig. Auch hier werden wir die Mittel mit einem schwarz-grünen Änderungsantrag im Umfang von 650.000 Euro für ein neues Programm für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus bereitstellen. Das ist ein sehr wichtiger Schritt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Nicht nur antisemitische Einstellungen nehmen zu, sondern auch rechtsextreme, rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungen.

(Zuruf von der SPD)

Deshalb ist es gut, dass die erhöhten Ansätze für die Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Jahr 2023 weitergeführt werden können.

Ich spreche einen weiteren Punkt an, der uns als demokratische Fraktionen eint: Wir haben gemeinsam den Wunsch, den Ausbau des Erinnerungsortes Stalag voranzutreiben.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung als Demokratinnen und Demokraten, die Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes wachzuhalten, uns jeden Tag für unsere Demokratie einzusetzen und gegen Antisemitismus und Rassismus einzustehen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ich bin froh, dass die Mehrheit hier das auch so sieht. Vielleicht findet diese breite Zustimmung dann ja auch die Zustimmung zum Haushalt der Staatskanzlei. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von Thom Renzie stammt das schöne Zitat: Zahlen sind nicht eitel, lassen sich aber schon mal frisieren. – Das passt nicht nur gut zur Haushaltsberatung, das passt besonders gut zum Haushalt eines Ministerpräsidenten, der offenbar auch ein bisschen eitel ist und sich auch gerne noch auf Kosten des Steuerzahlers frisieren lässt.

173.000 Euro gab die Staatskanzlei im vergangenen Jahr alleine dafür aus, unsere Bürger mit schönen Bildern von Hendrik Wüst zu erfreuen. Damit die teuren Fotografen nichts Unmögliches schaffen müssen, gibt die Landesregierung auch gleich noch fünfstelligen Beträge für Friseure, Stylisten und dergleichen aus.

Jetzt kann man natürlich sagen: Der Söder in Bayern hat noch mehr ausgegeben. – Ich weiß nicht, woran das liegt – vielleicht ist unser Ministerpräsident ja fotogener –, aber den Bayern muss man zumindest zugutehalten, dass sie im Gegensatz zu uns zu den Geberländern im Länderfinanzausgleich gehören und sich also das eigene Geld in die Haare

schmieren. NRW gehört derweil seit Jahrzehnten zu den Nehmern. Da sollte man vielleicht ein bisschen sparsamer mit dem Geld anderer Leute umgehen.

Wieder andere werden entgegenhalten, dass Herr Wüst ja unser Land repräsentiert und daher ein bisschen was hermachen soll. Das geht freilich aber auch vielen anderen so. Jeder, der im Berufsleben mit Kunden zu tun hat, wird es sich kaum erlauben können, unfrisiert und im Räuberzivil aufzutreten. Kaum einer davon wird sich aber auf Kosten seines Arbeitgebers das Näschen pudern lassen. Und wer solche Kosten beim Finanzamt einreichen möchte, wird kaum mehr ernten als ein müdes Lächeln. Schließlich muss man das Geld ja für die Frisur vom Herrn Ministerpräsidenten einsammeln.

Ein anderer Teilbereich dieses Einzelplans ist die politische Bildung. Das ist per se eine gute Sache, aber wenn man ein bisschen genauer hinschaut, was die Landeszentrale mit den nicht unbedingt wenigen Steuermitteln treibt, die sie erhält, kommen einem gewisse Zweifel. Da ist etwa die gut 26-minütige Dokumentation – Entschuldigung, Herr Präsident – „Not your fucking Mango“. Ein Zitat aus der Beschreibung:

„Diese Dokumentation zeigt einen differenzierten Blick auf rassistische Diskriminierung nicht nur von außerhalb, sondern auch innerhalb der Bi-POC-Community. Drei Frauen unterschiedlichen Alters berichten, welche Erfahrungen sie mit Colorismus und Rassismus in ihrer Kindheit, Jugend und in Partnerschaften gemacht haben [...]“

Da ist auch das knapp halbstündige Video „Corona-Proteste: Staatsfeindschaft aus der Mitte?“, das friedliche Bürgerrechtler, die sich gegen einen übergriffigen Staat in Zeiten der Coronahysterie wehren, kriminalisiert.

Bei der Literatur sieht es auch nicht viel besser aus. Da findet sich eine bunte Auswahl gutmenschelnder Gesinnungsaufsätze, etwa „Fluchtpunkt Europa“. Ich zitiere aus dem Klappentext:

„Hunderttausende fliehen vor Tod, Gewalt und Not. Sie lassen Hab und Gut zurück, um in Europa Sicherheit zu finden. Der Regisseur und Dokumentarfilmer Michael Richter appelliert in seinem Buch an die humanitäre Verantwortung für Asylsuchende.“

Natürlich kann man dieser Meinung sein, aber es ist schon ein bisschen augenfällig, dass die sogenannte Landeszentrale für politische Bildung eigentlich nur diese Meinungen im Angebot hat. Offenbar hält man also nicht so viel vom Kern einer jeden demokratischen Willensbildung: von einer breiten Meinungsvielfalt.

Vielmehr ist diese durchaus verdiente Institution inzwischen so eine Art Spielweise für linke Ideologen geworden – und das offensichtlich mit ausdrücklicher Zustimmung einer CDU-geführten Landesregierung.

Schließlich noch ein Wort zur Antisemitismusbeauftragten Leutheusser-Schnarrenberger. Seit dem Hamas-Terror am 7. Oktober ist das Thema für uns alle von besonderer Bedeutung. Das gilt zumindest für uns; andere halten Sonntagsreden. Bei allem Respekt vor der Amtsinhaberin muss angesichts explodierender Fallzahlen schon die Frage erlaubt sein, was eigentlich nach mehreren Jahren ihre Bilanz ist.

Ich will gar nicht darüber spekulieren, warum eine eher glücklose und inzwischen am Ende der Karriere angekommene Ex-Justizministerin der FDP ausgerechnet von einer CDU/FDP-geführten Regierung in dieses Amt gehievt wurde. Fakt ist aber, dass sie an den Zahlen gemessen nichts erreicht hat – im Gegenteil. Fakt ist auch, dass sie sich seit Jahren davor drückt, die Hauptursachen für den Antisemitismus in Deutschland zu benennen.

Einer Regierung, die sie unter diesen Bedingungen im Amt hält, unterstelle ich, dass sie das Thema nicht so ernst nimmt, sondern lieber Symbolpolitik betreibt. Wir werden den Einzelplan daher ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke, Herr Abgeordneter Tritschler. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Liminski.

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wie Sie alle wissen und wie gerade auch zum Ausdruck gekommen ist, gehört das Zentralbudget des Einzelplans 02 eher zu den kleineren Hausnummern des Landeshaushalts. Gleichwohl finden sich auch hier in der Gestaltung die politisch diskutierten Herausforderungen mit Blick auf die wirtschaftliche und politische Lage in unserem Land wieder.

Einerseits lösen wir bei der Gestaltung das Versprechen an unsere Kinder und Enkelkinder ein, keine neuen Schulden aufzunehmen. Andererseits stehen wir vor der Aufgabe, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln einen Beitrag zur Stärkung unserer freiheitlich-demokratischen Verfasstheit zu leisten. Dafür fallen viele Aufgaben in den Bereich der Staatskanzlei.

Anders als manche Redner hier gerade suggeriert haben, ist der Etat der Landeszentrale für politische Bildung aber Teil des Einzelplans des Wissenschaftsministeriums. Das wissen auch alle, die ihn beraten, und deswegen bitte ich um Verständnis, dass ich darauf hier nicht weiter eingehen kann. Das wird die Kollegin Brandes übernehmen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte allerdings auf einige Schwerpunkte eingehen. Denn es wurde zu Recht gesagt, dass neben ihrer Koordinationsfunktion sensible Themen in der Staatskanzlei verhandelt werden, und das betrifft aktuell besonders den Schutz des jüdischen Lebens in unserem Land. Für den Haushaltsentwurf 2024 wird das auch an ganz vielen Stellen im Staatskanzleietat konkret.

Zum einen – das wurde erwähnt – werden wir die Mittel für die Pflege und den Erhalt jüdischer Grabstätten erhöhen. Wir haben bei der Bundesregierung dafür geworben, das entsprechend zu machen. Ich danke für die Initiative der demokratischen Fraktionen hier im Rund, das zu unterstützen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Zum anderen stärken wir die Arbeit unserer Antisemitismusbeauftragten mit einem erhöhten Budget.

Zum Dritten werden wir die Arbeit mit unserem Israel-Büro in Tel Aviv fortsetzen, das in dieser schwierigen Zeit wertvolle Dienste leistet, um auch den Kontakt zu unseren israelischen Freunden aufrechtzuerhalten. Welche konkrete Formen das annehmen kann, konnte man zu Beginn dieses Monats sehen, als wir als erstes deutsches Land ein Wiederaufbauprojekt aufgelegt haben, um die zerstörten israelischen Dörfer und Strukturen entlang des Gazastreifens wieder aufzubauen. Dort, wo Hamas-Terroristen jüdisches Leben ein für alle Mal auslöschen wollten, leisten wir als Nordrhein-Westfalen einen Beitrag dazu, dass es auf ewig blüht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Und es gibt weitere Maßnahmen im Etat der Staatskanzlei, die zu diesem gemeinsamen Ziel, dem Schutz jüdischen Lebens, beitragen. Das betrifft etwa die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, einerseits durch bauliche Maßnahmen im Bereich des MHKBD – dort auch erhöht um 11,5 Millionen Euro, mit denen wir dem erhöhten Bedarf entgegenkommen –, andererseits durch eine absehbare Steigerung der finanziellen Hilfe für die Finanzierung privater Wachdienste. Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich die demokratischen Fraktionen hier im Landtag darauf verständigt haben, an der Stelle noch mal nachzulegen und dem Wunsch der jüdischen Gemeinden nachzukommen, erhöhte Stundenlöhne und auch erhöhte Stundenzahlen im Haushalt anders abzubilden. Das ist ein wichtiges Zeichen an unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Hinzu kommen natürlich Maßnahmen – sie wurden schon erwähnt – in anderen Einzelplänen, etwa für Schule oder für die Landeszentrale. All das ist in

dieser Zeit ein wichtiger Beitrag zum Zusammenhalt in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.

Ein anderes Thema, das dazu einen großen Beitrag leistet – auch das wurde bereits erwähnt –, ist das Ehrenamt. Auch hier nehme ich einen großen fraktionsübergreifenden Konsens wahr, wenn es um die finanzielle Ausstattung der Staatskanzlei für diesen wichtigen Bereich geht. Das betrifft etwa den Engagementnachweis, die landesweit zunehmend digitalisierte Ehrenamtskarte, den Engagementpreis oder auch die Schützenschleife. All das wird trotz der schwierigen Haushaltslage in der Breite erhalten. Wir wollen damit das Engagement vor Ort in den Kreisen, Städten und Gemeinden erhalten und dazu gleichzeitig auf der Landesebene entsprechende Beratungsstrukturen vorhalten, etwa mit der Landeservicestelle.

Ich glaube, wir alle wissen: Es kommt gerade in diesen Zeiten auf jede und jeden an, sich ehrenamtlich für unser Land zu engagieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Deshalb werden wir auch das Programm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ fortsetzen, jetzt mit einem inhaltlichen Schwerpunkt beim Thema „Einsamkeit“. Sie wissen, dass der Ministerpräsident einen Fokus darauf gelegt hat. Wir haben begonnen, das von ihm angekündigte Thema systematisch mit Studien, aber auch mit Maßnahmen zu bearbeiten, um der Pandemie im Stillen, wie er es nannte, entgegenzutreten. Auch das ist eine Aufgabe, die wir als Staatskanzlei gemeinsam mit den anderen fachlich zuständigen Ressorts wahrnehmen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte abschließend – denn meine Redezeit geht zu Ende, Herr Präsident – noch auf das, was zur Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei gesagt worden ist, eingehen. Natürlich brauchen wir eine adressatengerechte, umfassende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Das schließt das Landespresse- und Informationsamt ebenso ein wie unser Service-Center, das sich in den Krisen der letzten Monate und Jahre zu einer echten Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes entwickelt hat.

Deswegen will ich, wenn es um den Bau geht, sagen: Man sollte sich auch andere Regierungsbauten in diesem Land genauer anschauen, bevor man im Glashaus mit Steinen wirft. Ich glaube, dass Sie alle gesehen haben, dass das ein solider, bürgerlicher Bau wird, der dem Status dieses Landes entspricht.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Oh, gibt es da noch Überraschungen?)

Beim Personal – das kann ich Ihnen sagen – haben wir in der Staatskanzlei im letzten Jahr eingespart. Wir werden im kommenden Jahr keine einzige weitere Stelle schaffen. Ich glaube, dass wir damit

zeigen, dass wir trotz gestiegener Aufgaben hart wirtschaften und damit als Regierungszentrale für das größte deutsche Land unserer Verantwortung nachkommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Minister Liminski. Ich habe immer Verständnis dafür, wenn die Landesregierung überzieht. Dadurch haben die anderen Fraktionen, wenn sie den Wunsch haben, jetzt die Möglichkeit, noch 1 Minute 2 Sekunden nachzulegen. – Das ist aber nicht der Fall. Somit liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir sind damit am Schluss der Aussprache zu Teil a) Staatskanzlei im Einzelplan 02 und wir kommen zu:

b) Europa und Internationales

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion der Kollegin Blask das Wort.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Budget für Europa und Internationales ist im Verhältnis zu anderen Ressorts klein. Umso dramatischer ist es, wenn es an entscheidenden Stellen gekürzt wird.

Die Landesregierung ist mit einem hohen europapolitischen und internationalen Anspruch angetreten, den wir sehr begrüßen. Leider kann ich diesen Gestaltungsanspruch im vorliegenden Einzelplan beim besten Willen nicht wiedererkennen. Gerade im Kapitel „Internationale Angelegenheiten“ hat die Landesregierung den Rotstift angesetzt und rigoros 2 Millionen Euro gekürzt. Das entspricht 20 %.

Ich möchte einige weitere Beispiele aufzählen. Erstens: das Promotor*innen-Programm. Im Koalitionsvertrag der Landesregierung heißt es: Das „Promotor*innen-Programm des Eine Welt-Netzwerkes NRW

„leistet unverzichtbare Arbeit in der entwicklungspolitischen Bildung. Wir wollen die Finanzierung für das Programm sichern und ausweiten.“

Das Gegenteil ist der Fall. Das Programm würde durch den Wegfall der Landes- und somit auch der damit verbundenen Bundesmittel erheblich geschwächt. Von aktuell 40 Promotorinnen würden faktisch zehn wegfallen. Das ist eine drastische Kürzung von 25 % mit erheblichen Konsequenzen für die gesamte Landschaft.

Die betroffenen lokalen oder regionalen Trägervereine müssten die Promotorinnen entlassen. Nicht nur für die Promotorinnen, sondern auch für die oftmals kleinen Trägervereine ist das existenziell bedrohlich.

Die betroffenen Fachstellen müssten ihre Arbeit einstellen. Ihre Themen würden nicht weiter bearbeitet.

Die Promotorinnen und Promotoren der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit leisten extrem wichtige Arbeit mit erheblicher Breiten- und Multiplikatorenwirkung, was auch die Landesregierung nicht müde wird zu betonen. Wir finden, an diesem Programm darf nicht gespart werden.

(Beifall von der SPD)

Insofern bin ich dankbar für die Änderungen von CDU und Grünen, die zumindest von der Einsicht zeugen, dass es keine gute Idee ist, hier den Rotstift anzusetzen. Im Gegenteil: Die Gehälter müssten an die Tarifierhöhungen angepasst werden, damit die Stellen weiterhin attraktiv sind und gutes Personal gefunden werden kann. Selbst wenn die Landesregierung nicht kürzen würde, würden zwei Vollzeitstellen wegfallen wenn es keine Tarifanpassung gäbe. Unseren entsprechenden Änderungsantrag haben Sie im Ausschuss leider abgelehnt.

Zweitens: Europakompetenz der Kommunen und kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Wer verstanden hat, wie stark wir in NRW mit den Geschehnissen in Europa und der Welt verflochten sind und wie abhängig wir davon sind, dass Menschen in ihrer Heimat die Aussicht auf ein gutes Leben haben – Stichwort: „Fluchtursachenbekämpfung“ –, der kann unmöglich die kleinen Budgets für Titel wie für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zusammenstreichen. Im Gegenteil: Wir müssen gerade in die Städtediplomatie investieren und kommunalen Entwicklungsaustausch in der kleinsten Einheit fördern.

Auch mit Blick auf die Europawahlen im Frühjahr 2024 ist es wichtig, in die Europakompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu investieren. Doch was macht diese Landesregierung? Sie resigniert vor dem Austeritätsdogma und schmeißt unsere Vorreiterrolle in NRW achtlos hin. Natürlich wurden all unsere Änderungsanträge dazu im Ausschuss abgelehnt.

Nächstes Thema: entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Im Koalitionsvertrag ist die Rede von einer stärkeren Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Außerdem verspricht die Landesregierung, zivilgesellschaftliche Aktivitäten stärker zu unterstützen, insbesondere das Eine-Welt-Netz als Dachverband entwicklungspolitischer Vereine. Nun sollen von der geplanten Reduzierung des Haushalts bis zu 65.000 Euro auf die Förderung des Eine-Welt-Netz NRW als Dachverband entfallen. Das ist eine nachhaltige Schwächung dieser wertvollen Struktur.

Letztes Beispiel: die Beziehung Nordrhein-Westfalens zum Vereinigten Königreich. Zugegeben: Die Herren Wüst und Liminski sind hervorragend darin, auf hochkarätigen Veranstaltungen Hände zu schütteln,

schicke Fotos zu machen und von nordrhein-westfälisch-britischer „Friendship“ zu sprechen.

Tatsächlich scheint Ihnen das Verhältnis zum Vereinigten Königreich allerdings relativ egal zu sein. Wie sonst soll man Ihre Gleichgültigkeit deuten, wenn es darum geht, den Schüler-, Studierenden- und Azubi-austausch oder die Städtepartnerschaften mit unseren britischen Freundinnen und Freunden wiederzubeleben.

Während sich in der Anhörung alle Sachverständigen für den Aufbau einer umfassenden Repräsentanz NRWs im Vereinigten Königreich ausgesprochen haben, ignoriert die Landesregierung diese Expertise und gibt sich damit zufrieden, dort nicht viel mehr als ein Türschild hingehängt zu haben. Dementsprechend hat sie auch unseren Änderungsantrag zum Aufbau eines solchen Büros abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einzelplan, den die Landesregierung uns hier vorgelegt hat, genügt weder ihrem eigenen Anspruch noch dem der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Deshalb lehnen wir ihn ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Frau Plonsker.

Romina Plonsker (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir mögen in diesem Hause unterschiedliche Schwerpunkte in der Europapolitik setzen, aber eines eint uns doch alle – da haben wir die gleiche Überzeugung –: Frieden, Freiheit und Wohlstand gibt es nur mit einem stabilen Europa.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Stabil ist auch unser Haushalt für das kommende Jahr. Herausfordernde Zeiten benötigen eben keine haushalterischen Luftschlösser, sondern seriöses und verantwortungsvolles Agieren. Ich hatte es bereits im Ausschuss dargelegt: Die Änderungsanträge, die die SPD uns im Ausschuss vorgelegt hat, haben einen Aufschlag von 11 % ohne jegliche Einsparvorschläge in den Haushalt vorgesehen. Das zeigt noch einmal die Verantwortungslosigkeit der SPD gerade in Haushaltsfragen.

Dass wir 2024 ohne neue Schulden auskommen, haben bereits die Vorrednerinnen und Vorredner meiner Fraktion betont. Wir setzen damit ein Zeichen für Generationengerechtigkeit und finanzpolitische Stabilität in unserem Bundesland.

Das geht natürlich nur, weil wir priorisieren, und zwar gemeinsam im Ausschuss sowie mit Akteuren aus

den Kommunen, aus der Wirtschaft und aus der Gesellschaft.

Ich möchte meine heutige Haushaltsrede auch nutzen, um meinen Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit zu danken, die wir im Ausschuss pflegen.

Auch die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes leisten europäische Zusammenarbeit. In den Grenzregionen von Gronau bis Hellenthal, wo ich diese Zusammenarbeit bereits mehrfach kennenlernen durfte, sind die Menschen eng mit den Niederlanden und Belgien verbunden, sei es in öffentlichen Bereichen wie Rettungswesen, Sicherheit und Bildung oder auch in Wirtschaft, Kultur und Nachhaltigkeit.

Mit erheblichen Aufwüchsen im Haushalt 2023 haben wir bereits wichtige Maßnahmen angestoßen. Es gilt, diese Maßnahmen fortzuführen. Das zeigt auch unser Änderungsantrag zum Promotorenprogramm. Trotz der ernststen Haushaltslage ist es uns wichtig, diese entwicklungspolitische Inlandsarbeit der Bürgerinnen und Bürger fortzuführen und Kooperationen zu forcieren.

Dazu zählen auch die nordrhein-westfälischen Europa-Schecks. Mit diesen fördern wir Projekte für die und von der Bevölkerung, welche die europäische Idee im Kleinen erlebbar machen. Ich lade jeden Verein, jede Schule, jede Einrichtung und jede Kommune herzlich ein, sich für die Europa-Schecks zu bewerben. Eine Gesellschaft braucht Menschen, die Europa unterstützen. Bitte machen Sie alle mit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Mitmachen – das gilt ebenfalls für die Europawahl im Juni kommenden Jahres. Ich spreche uns wohl allen aus der Seele, wenn ich betone, wie wichtig die Teilhabe an der europäischen Demokratie ist. Europa braucht Demokratie, Demokratie braucht Wahlbeteiligung, und Wahlbeteiligung braucht Informationen. Diese Informationen brauchen Menschen, die sie vermitteln. Hier ist es wichtig, dass die Landesregierung ihre gute Arbeit fortsetzt, sei es mit der Juniorwahl oder den weiteren Europaaktivitäten für junge Menschen wie EU-Jugendbotschafter@school und „#AzubiGoEU“.

Europa braucht die Jugend, und die Jugend braucht Europa, damit wir auch in Zukunft in Frieden und Freiheit leben – einem Zustand, der in der Ukraine und in Israel aktuell nicht herrscht. Die Kriege Russlands und der Hamas erschüttern die dortige Bevölkerung und auch uns hier in Nordrhein-Westfalen tief. Erst diese Woche musste ich den Besuch einer Schule aus meinem Wahlkreis und einer israelischen Partnerschule im Landtag absagen. Deshalb sollten wir weiterhin solidarisch mit der Ukraine und Israel sein.

Wir haben die Stärkung der Zusammenarbeit mit Israel bereits im Koalitionsvertrag verankert. Nun gilt

es, die Austauschprogramme weiterzuführen und auszubauen. Dazu zählt auch das NRW-Büro in Israel.

In der Ukraine werden wir die Regionalpartnerschaft vertiefen, die seit Anfang dieses Jahres besteht, wofür ich Minister Nathanael Liminski herzlich danke. Dank ihr und dank der Landesregierung wurde die wirtschaftliche und vor allem humanitäre Zusammenarbeit gestärkt. Trotz der Haushaltssituation werden wir sogar mehr Mittel zur Verfügung stellen, um gemeinsam Veranstaltungen und wechselseitige Delegationsreisen durchzuführen – ein wichtiges Zeichen aus Nordrhein-Westfalen für die ukrainische Bevölkerung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der Haushalt für Europa und Internationales setzt wichtige und richtige Akzente in der Landespolitik. Die Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Partnern liegt im originären Interesse Nordrhein-Westfalens, wenn es darum geht, einen wirtschaftlichen, sicherheitsrelevanten und gesellschaftlichen Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Lassen Sie uns diesen Schwerpunkten gemeinsam zustimmen; denn Europa braucht in diesen Zeiten politische Geschlossenheit, Nordrhein-Westfalen braucht politische Geschlossenheit, und wir alle brauchen Frieden, Freiheit und Wohlstand. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Plonsker. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Pfeil.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Das Wahlergebnis der Parlamentswahlen in den Niederlanden zeigt erneut, wie sich rechtspopulistische Strömungen in unseren europäischen Nachbarländern verstärken. Ein Viertel der niederländischen Wählerinnen und Wähler hat für Parteien am rechten Rand gestimmt – unter anderem für einen Wahlsieger, der den Austritt seines Landes aus der EU befürwortet.

Europa als Friedens- und Stabilitätsprojekt müssen wir hier in Nordrhein-Westfalen daher weiterhin massiv unterstützen. Deshalb befürworten wir alle bereits in der vergangenen Legislaturperiode angestoßenen und weiterhin verfolgten Europainitiativen der Landesregierung. Es gibt zahlreiche Vorhaben insbesondere mit den Niederlanden und den anderen Beneluxländern, die wir weiterhin gemeinsam unterstützen müssen und wollen.

Mit Blick auf die Europawahlen im Juni 2024 wird es umso wichtiger, die Bedeutung der Europäischen

Union immer wieder in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen und uns für ein starkes Europa einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, der vorliegende Haushalt geht in die richtige Richtung, ist jedoch angesichts der aktuellen Entwicklungen schlichtweg zu knapp bemessen. Ja, es gibt viele positive Aspekte in Ihrem Einzelplan. Viele Themen aus der vergangenen schwarz-gelben Legislaturperiode werden fortgeführt, darunter die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Beneluxländern und den Euregios sowie die finanzielle Ausstattung der GrenzInfoPunkte und des Deutsch-Niederländischen Jugendwerks. Es freut mich persönlich, dass nun auch das Forschungsprojekt „Einstein-Teleskop“ im Landeshaushalt Berücksichtigung findet. Dennoch sehen wir Raum für nachhaltige und zwingend notwendige weitere Maßnahmen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Es bedarf zusätzlich finanzieller Mittel für die Förderung grenzüberschreitender Bürgerprojekte. Die weitere enge Zusammenarbeit mit den Beneluxländern steht im Mittelpunkt. Investitionen in den europäischen Katastrophenschutz, den grenzüberschreitenden Patientenschutz und die universitäre Kooperation müssen weiter ausgebaut werden.

(Beifall von der FDP)

Ein weiterer Punkt betrifft die Stärkung der parteiübergreifenden Europa-Union. Sie ist ein wichtiger Akteur, um für die Relevanz und Unterstützung eines geeinten Europas zu werben.

Gleichzeitig plädieren wir dafür, die vorgeschlagene Kürzung der Zuschüsse an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit geringer ausfallen zu lassen. Gerade in Zeiten internationaler Krisen sind internationale Projekte von entscheidender Bedeutung. Eine Kürzung halten wir für das falsche Signal.

Mit weiteren finanziellen Mitteln könnte auch das von uns geforderte Stipendienprogramm für verfolgte internationale Studierende verwirklicht werden.

Wir schlagen aber auch konkrete Einsparungen vor, um einen ausgewogenen Haushalt zu gewährleisten. Insbesondere sollte die Förderung für entwicklungspolitische Arbeit stärker auf die finanzielle Ausstattung der Kommunen ausgerichtet werden. Wir benötigen keine weiteren kleinteiligen und bürokratischen Förderprogramme. Auch empfehlen wir, die angedachte Kürzung beim Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen höher anzusetzen.

Ihre Änderungsanträge hierzu, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, werden wir jedoch ablehnen. Kürzungen, die für andere Zwecke verschoben werden, sind für uns keine wirklichen Einsparungen.

Am Ende meiner Rede möchte ich betonen, dass die europäische und internationale Zusammenarbeit in Anbetracht der aktuellen globalen Ereignisse und der Wahlergebnisse in unseren Nachbarländern verstärkt in den Fokus auch unserer Landesregierung gerückt werden muss. Als Freie Demokraten setzen wir uns für einen fairen Wettstreit um die besten Wege und Konzepte zur Zukunft der Europäischen Union ein. Lassen Sie uns daher als Bundesland im geografischen Zentrum der Europäischen Union weiterhin gemeinsam für ein starkes, demokratisches und friedliches Europa kämpfen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, Inge Blask [SPD] und Serdar Yüksel [SPD])

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Pfeil. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Aymaz.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wir befinden uns in schwierigen und herausfordernden Zeiten. Die aktuelle Lage ist geprägt von komplexen Aufgaben, für die es leider keine einfachen und schon gar keine schnellen Lösungen gibt.

In drei Monaten, am 24. Februar 2024, jährt sich der Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zum zweiten Mal. Es ist leider bis heute kein Ende absehbar. Im Gegenteil: In diesen Tagen erreichen uns erneut Bilder, die verstärkte Angriffsintensität zeigen und uns das Leid der Menschen drastisch vor Augen führen. Deshalb gilt für uns weiterhin: Wir lassen nicht nach und stehen solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer Menschen.

Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf aber nicht zu einer leeren Floskel verkommen. Unsere Partnerschaft mit Dnipropetrowsk wollen wir mit Leben füllen. Dazu gehört ganz konkret die Unterstützung von entwicklungs- und zivilgesellschaftlichen Projekten für den Wiederaufbau.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist unser Blick aber auch in ganz besonderem Maße auf den Nahen Osten gerichtet. Die Angriffe der Hamas auf Israel und deren Brutalität erschüttern uns zutiefst. Zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel besteht eine langjährige, enge und ganz besondere Beziehung. Unsere Solidarität mit Israel und seinen Menschen ist und bleibt unverbrüchlich.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und Angela Freimuth [FDP])

Gewalt und Terror werden unser vielfältiges Beziehungsnetzwerk nicht erschüttern können – jetzt erst recht nicht. Diese langjährigen Beziehungen weiter

zu stärken, steht jetzt auf der Tagesordnung. Dafür ist das neue Aufbauprojekt, das nordrhein-westfälischen Kommunen die Möglichkeit gibt, sich beim Aufbau israelischer Partnerkommunen im Grenzgebiet zum Gazastreifen einzubringen, ein klares Zeichen der Solidarität und der Freundschaft.

Projekte dieser Art machen das Geschehene nicht ungeschehen. Aber sie stehen, wie ich finde, für den Aufbruch in ein neues Kapitel, für ein Leben in Frieden und Sicherheit – und genau darauf kommt es jetzt an.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Gerade in Zeiten vielfältiger Krisen, Kriege und Konflikte ist die Vermittlung von Zusammenhängen und Hintergründen globaler Herausforderungen ein ganz besonderer Beitrag auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, und zwar für ihre Widerstandsfähigkeit gegen Populisten und Demokratiefeinde.

Die Eine-Welt-Promotor*innen in NRW leisten hier eine überaus wertvolle und engagierte Arbeit. Sie unterstützen die Arbeit der Eine-Welt-Akteur*innen in der Fläche und stärken durch ihre entwicklungspolitische Bildungsarbeit unter anderem die internationale Kompetenz. Daher wollen wir mit unserem vorliegenden Änderungsantrag die aufgrund der diesjährigen schwierigen Haushaltslage vorgenommenen Kürzungen beim Promotor*innenprogramm teilweise zurücknehmen. Mit 77.500 Euro mehr für 2024 als ursprünglich geplant wollen wir, Grüne und CDU, das Promotor*innenprogramm absichern und vor allen Dingen auch dafür sorgen, dass qualifiziertes und engagiertes Personal in diesem so wichtigen politischen Feld nicht verloren geht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

NRW ist weltoffen, international breit vernetzt und sich seiner globalen Verantwortung bewusst.

Nicht zuletzt mit Blick auf die Europawahl im kommenden Jahr bin ich froh, dass die Ausgaben im Bereich der Europaaktivitäten des Landes stabil gehalten werden. Mit gezielten und niedrigschwelligen Förderprogrammen wie zum Beispiel den Europaschecks wollen wir den Europagedanken in der Zivilgesellschaft fest verankern.

Wir werden auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen nicht nachlassen, aus NRW heraus für mehr Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung der Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen. Das sind die europäischen Grundwerte, die es gegen die Feinde Europas und unserer Demokratie zu verteidigen gilt.

Ich komme zum Schluss. NRW ist im Herzen Europas, und NRW hat Europa im Herzen. Das spiegelt sich auch in dem Einzelplan dieses Haushalts wider. Stimmen Sie daher unseren Änderungsanträgen, dem Einzelplan und dem Haushalt zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Aymaz. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Eines vorneweg: von dieser Stelle aus herzlichen Glückwunsch an unseren Freund und Partner Geert Wilders für seinen großartigen Wahlerfolg in den Niederlanden.

(Beifall von der AfD)

Wir freuen uns darauf, dass unsere Landesregierung auch unter diesen Vorzeichen die gute und einträgliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn fortsetzen wird.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unter den Dingen, für die in unserem Bundesstaat ausschließlich die Bundesebene zuständig ist, ist in Art. 73 Abs. 1 GG zuallererst eines aufgeführt: die auswärtigen Angelegenheiten.

Das ist nicht neu und auch nichts Besonderes. Das ist quasi in jedem Bundesstaat so geregelt. Daher könnte man an der Stelle schon infrage stellen, warum sich das Land NRW überhaupt ein Segment in seinem Haushalt leistet, das die Überschrift „Europa und Internationales“ trägt.

Nun wissen wir alle: In Berlin regieren eine Ampel und eine Außenministerin namens Baerbock. Wer sieht oder vor allem hört, wie diese Frau auf internationalem Parkett vor sich hin dilettiert, der mag sich wünschen, dass deutsche Außenpolitik irgendwo anders gemacht wird, vielleicht auch in Düsseldorf; Hauptsache nicht da, wo die Dame etwas zu sagen hat.

Aber das ist ausdrücklich nicht der Grund für diese Neben-Außenpolitik, die sich NRW hier leistet; denn es gibt sie schon weit länger als eine Außenministerin namens Baerbock. Hier geht es im Wesentlichen um zwei Dinge: die selbstgefällige und ziemlich unkritische EU-Beklatscherei auf der einen Seite und linksideologische sogenannte Eine-Welt-Politik auf der anderen Seite.

Unter die erste Kategorie fallen beispielsweise Dinge wie Zuschüsse für die – ich zitiere wörtlich – „Europafähigkeit des Landes“. Immerhin 140.000 Euro lassen Sie das unsere Steuerzahler kosten. Das sind – grob – zwei Fotoshootings mit Hendrik Wüst. Im Wesentlichen geht es da auch um dasselbe; denn da soll etwas besser aussehen, als es in Wirklichkeit ist.

Was soll das sein, meine Damen und Herren von der Landesregierung, „Europafähigkeit“? Geologisch entstand Europa vor 250 Millionen Jahren, menschheitsgeschichtlich in der Antike. So oder so: Das, was heute NRW ist, war schon immer europafähig und ein Teil im Herzen von Europa, ganz ohne Fördermittel aus dem Landeshaushalt.

Hier geht es vielmehr darum, die EU, die nie identisch mit Europa war und es wahrscheinlich auch nie sein wird, und damit einen Bund von Staaten zu propagieren, also ein politisches Projekt. Das wirft dann zwei Folgefragen auf.

Erstens. Wenn dieses Produkt so toll ist, wie Sie immer sagen: Warum braucht es dann so viel Werbung?

Zweitens: Reicht es nicht, dass die EU selbst, der Bund, die öffentlich-rechtlichen Medien, die Schulen, die Universitäten, die Landeszentrale für politische Bildung, die Bundeszentrale für politische Bildung und viele mehr EU-Werbung auf Steuerzahlerkosten machen? Braucht es dazu noch einen eigenen Haushaltsposten und dann auch noch unter einem so albernem Titel? Der unbefangene Beobachter möge sich hier ein eigenes Urteil bilden.

Auf der anderen Seite, unter der Überschrift „Internationales“, ist nicht weniger Ideologie zu finden. So leisten wir uns zum Beispiel einen Millionenzuschuss für die Academy of International Affairs in Bonn. Jetzt kann man sagen: Das ist eine Bildungseinrichtung. Also warum nicht? – Aber dann wäre die Gegenfrage: Warum kann sich das ein Land leisten, das seine normalen Elementar- und Sekundarschulen nicht auskömmlich finanzieren kann, genauso wenig wie übrigens seine Universitäten?

Aber auch hier lohnt ein Blick unter die Oberfläche. Was finanziert der Steuerzahler denn bei dieser Akademie? Zum Beispiel einen Workshop unter der Überschrift – Zitat – „Dekonstruktion von Maskulinität, wenn das Lokale auf das Globale trifft“. Ich zitiere aus der Beschreibung:

„Die Geschichte des Kolonialismus in Afrika hatte einen tiefgreifenden Einfluss auf die Konstruktion von Männlichkeiten in Afrika, da die Kolonialmächte den afrikanischen Gesellschaften ihre eigenen Männlichkeitsideale aufzwingen.“

Falls noch jemand fragt, was sogenannte Gender-Wissenschaftler beruflich machen – hier ist die Antwort: Geld verbrennen, um linke Gräuelmärchen zu verbreiten. Jetzt hat also der böse weiße Mann nicht nur das Klima kaputt gemacht, sondern auch noch dafür gesorgt, dass die Afrikaner ihre Frauen unterdrücken.

Grund genug offenbar für die schwarz-grüne Mehrheit hier, für diesen und anderen Kokolores das Geld unserer Bürger zu verbrennen. Es wird Sie nicht überraschen, dass wir auch hier ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke, Herr Abgeordneter Tritschler. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Liminski.

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben es in einigen Redebeiträgen gehört: Diese Welt ist in Aufruhr. Kriege und Krisen spielen sich direkt vor unserer Haustür ab. Was lange Zeit selbstverständlich schien, gilt nun nicht mehr. Die liberale Weltordnung, basierend auf Werten und Normen, wird zunehmend herausgefordert.

Umso wichtiger ist es in einer solchen Zeit, Partnerschaften zu Ländern und Regionen zu vertiefen und auszubauen, die unsere Werte teilen. Das war immer ein Satz, der häufig gefallen ist, weil alle dachten: Das können wir als gegeben ansehen; das ist eine Selbstverständlichkeit.

Wir erleben aber in diesen Zeiten, wie wertvoll es ist, wenn man Partner hat, mit denen man tatsächlich gemeinsam die Werte teilt und auf die man tatsächlich auch in der Krise zählen kann. Deswegen müssen wir an der Stelle auch als Land unseren Beitrag dazu leisten, diese Partnerschaften auszubauen.

Für Nordrhein-Westfalen gilt das in besonderer Weise, weil wir hier im Herzen Europas als stark exportorientierte Wirtschaft unmittelbar spüren, was in der Welt los ist. Die Auswirkungen der Kriege in der Ukraine und in Nahost, ob Energiekrise, Flüchtlinge oder Polarisierung, treffen unser Land unmittelbar. Abschottung ist dabei für manche vielleicht ein verlockendes Konzept, aber keine wirkliche Option.

Wir wollen gestalten. Das geht nur mit Weltoffenheit und Toleranz, vor allem aber mit konkreter internationaler Kooperation. Eine solche europäische und internationale Zusammenarbeit schafft Vertrauen. Sie fördert Verlässlichkeit und führt zu Stabilität. Das sichert unmittelbar auch unseren Wohlstand. Das ist der Gestaltungsanspruch, mit dem wir als Staatskanzlei, als für die Angelegenheiten in Europa und die internationalen Beziehungen zuständiges Ministerium, unsere Arbeit machen.

Auch in diesem Bereich gilt natürlich das, was für alle Haushalte in diesem Jahr gilt: Wir müssen uns einer strikten Ausgabendisziplin unterziehen. Wir müssen sparsam sein. Das heißt, dass wir fokussieren und priorisieren müssen.

Zu den Schwerpunkten im Bereich „Europa“ zählt unser konkretes gelebtes Bekenntnis zu den europäischen Grundprinzipien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Das wird besonders im nächsten Jahr zum Ausdruck kommen, wenn die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Aus diesem Grund stellen wir als Landesregierung Mittel für Veranstaltungen bereit, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen ermutigen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Ich war kürzlich in Duisburg. Dort habe ich mit jungen Menschen gesprochen, die bei dieser Wahl, weil sie dann 16 Jahre alt sind, erstmals von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können. Duisburg ist der Ort, an dem die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl am niedrigsten war. Ich habe mit den jungen Menschen darüber gesprochen, dass die Freiheit, unser eigenes Leben gestalten zu können, Europa zu einem Sehnsuchtsort für viele Menschen aus der ganzen Welt macht. Dafür müssen wir allerdings diese Freiheit auch nutzen.

Es war ein toller Nachmittag mit den jungen Menschen, ermunternd und ermutigend. Ich glaube, wir alle sollten ausschwärmen, um die Menschen dazu zu ermuntern, von dieser Freiheit auch Gebrauch zu machen.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Um dies entsprechend zu befördern, haben wir mit der Initiative Europa-Scheck viele Maßnahmen gebündelt, um niederschwellig Projekte zu fördern, die den Europagedanken in der Zivilgesellschaft und in der kommunalen Familie ganz konkret zum Ausdruck bringen. Denn hier in der Zivilgesellschaft wächst Europa von unten.

Das gilt natürlich auch für die tri- und bilateralen Partnerschaften. Wir werden im nächsten Jahr das 20-jährige Jubiläum unserer Kooperation mit der Region Hauts-de-France feiern. Außerdem werden wir unsere Erklärung zum Regionalen Weimarer Dreieck erneuern – natürlich auch im Lichte des Ergebnisses der letzten Wahlen in Polen. Wir werden auch weiter an unseren Beziehungen zu Nordmazedonien arbeiten; denn wir bleiben dabei, dass die geostrategische Bedeutung der Länder des westlichen Balkans für die Zukunft Europas nicht überschätzt werden kann.

Wir müssen dranbleiben. Das gilt auch für unsere Nachbarn in Benelux. Heute Nachmittag wird der Ministerpräsident zum Benelux-Gipfel aufbrechen und dort mit unseren Partnern zusammenkommen, um gemeinsam über Fragen der Energiepolitik, das Einstein-Teleskop und andere Dinge zu sprechen.

Wir arbeiten in dieser Nachbarschaft ganz konkret an grenzüberschreitender Infrastruktur, an Pipelines, an Schienenverbindungen, an der Binnenschifffahrt. Der Besuch des niederländischen Königs kürzlich hat das noch einmal eindrucksvoll bestätigt. Das gilt für unsere Partner Belgien und Niederlande in besonderer Weise.

Wir können auch im Bereich „Internationales“ vieles leisten, weil wir als Länder konkret werden können. Das haben wir am Beispiel der Ukraine mit unserer Regionalpartnerschaft und unserer stetigen Hilfe gezeigt.

Wir zeigen es jetzt auch im Konflikt in Israel. Es war ein wichtiges Signal, dass der Bundespräsident in diesen Tagen deutlich gemacht hat, dass die deutsche

Solidarität sich nicht in Worten erschöpft, sondern dass Deutschland sich am Wiederaufbau beteiligen wird.

Das haben wir als Nordrhein-Westfalen Anfang des Monats schon auf den Weg gebracht – mit unserem Programm „Schalom – Chaveruth: Solidaritätspartnerschaften NRW-Israel“. Wir wollen die am schwersten betroffenen Kommunen wieder aufbauen.

Ich freue mich, dass wir mit Essen-Aschkelon bereits eine erste Partnerschaft haben und dass wir erste Partnerschaften zwischen Krankenhäusern haben. Wir werden in Aschkelon Kitas wieder aufbauen. Außerdem sind weitere tolle Projekte in der Pipeline, mit denen wir ganz konkret zeigen, dass wir mit den Menschen in Israel in besonderer Weise verbunden sind.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das wird einen Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Landesbüros in Israel darstellen.

Ich komme zum Schluss und will noch etwas über unsere Beziehungen zu den USA sagen, die im kommenden Jahr vor Wahlen stehen. Das NRW-USA-Jahr entfaltet zunehmend Aktivität. Ich war kürzlich selbst in den USA und konnte dort viele neue Initiativen und begrüßenswerte Impulse erkennen und begleiten. Auch hier zeigt sich in dieser schweren Zeit: Wir müssen diese ganz besondere Beziehung für unser Land immer wieder neu beleben. Das tun wir mit dem NRW-USA-Jahr.

Dafür brauchen wir aber auch die politische Unterstützung aus diesem Hohen Haus. Deswegen bitte ich um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Minister Liminski. – Auch hier erfolgt der guten Ordnung halber der Hinweis, dass Herr Minister Liminski seine Redezeit um 58 Sekunden überschritten hat. Ich sehe aber trotzdem keine weiteren Wortmeldungen. Somit sind wir am Ende der Aussprache zum Teil b) des Einzelplans 02 „Europa und Internationales“ angelangt.

Nun rufe ich auf:

c) Sport

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Durdu von der SPD-Fraktion das Wort.

Tülay Durdu (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demo-

kratischen Parteien! Eines vorweg: Vor dem Hintergrund der angespannten Lage bei unseren Sportvereinen begrüßen wir, dass die Landesregierung auf den letzten Metern noch einmal zur Vernunft gekommen ist.

Mit der Ergänzungsvorlage machen Sie immerhin einen Teil der angedachten Kürzungen wieder rückgängig – dem Glücksspiel sei Dank, möchte man da fast sagen. Denn finanziert wird das aus gestiegenen Glücksspieleinnahmen.

Dazu muss man aber auch sagen: Zum Jagen musste man Sie mal wieder tragen. Denn die Verbesserungen im Sporthaushalt kommen erst, nachdem Sie ordentlich Prügel für Ihre Pläne einstecken mussten – nicht nur von uns im Parlament, sondern vor allem aus dem organisierten Sport.

Aber das kennen wir schon zur Genüge: Bevor diese Landesregierung sich bewegt, muss es erst Brandbriefe regnen, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von Volkan Baran [SPD])

Aber wie dem auch sei: Es ist gut, dass nun ein schmerzhafter Substanzverlust unserer Sportlandschaft ausgeschlossen wurde. Denn nach Ihren Plänen wären nicht nur einmalige Maßnahmen ausgefallen. Sie wollten auch an die Grundfinanzierung des Breitensports die Axt anlegen: 8 % runter – unabhängig vom Bedarf. Das betraf die Unterstützung der Übungsleiter ebenso wie die Finanzierung der Inklusion im Sport oder den ohnehin schon viel zu kleinen Zuschuss an unsere Rettungsschwimmer von der DLRG.

Ich möchte hier daran erinnern, wie die Landesregierung die ursprünglich angedachten Kürzungen begründet hat: Auch der Sport müsse sich solidarisch an den Krisenlasten beteiligen. – Das muss man sich einmal durch den Kopf gehen lassen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Sport ist kein Kostentreiber, der jetzt auch einmal zurückstecken muss. Er erbringt den Großteil seiner Leistungen für unsere Gesellschaft durch das Ehrenamt. Ohne die Ehrenamtlichen können wir den Laden doch zumachen.

(Beifall von der SPD)

Die Gesundheitsförderung und die Wertevermittlung durch unsere Sportvereine: Wenn man das alles bezahlen müsste ... Ich weiß gar nicht, wie man das beziffern will.

Der Sport muss also nicht erst solidarisch sein, liebe Kollegen von Grünen und CDU; der Sport ist schon solidarisch.

Und wer hat denn gerade erst in der Pandemie solidarisch zurückgesteckt? Der Sport! Die Folgen

davon sehen wir heute noch, unter anderem an den hohen Zahlen der Nichtschwimmer in NRW.

Auch deshalb ist es gut, dass der selbst ernannte Sportminister einen Teil der Kürzungen zurückgenommen hat.

Kritisch anzumerken ist aber, dass bisher nicht recht zu erkennen ist, wohin genau die Mittel aus der Ergänzungsvorlage fließen sollen. Bisher kenne ich nur die wenig belastbaren Andeutungen in einem kurzen Videostatement. Wird die Übungsarbeit in gleicher Höhe wie bisher fortgeführt? Man weiß es nicht. Wie sieht es aus mit dem Zuschuss zur DLRG; bleibt die Kürzung? Man weiß es nicht. Und die Inklusion? Wird hier nachgebessert? Man weiß es nicht.

Gebrochen wird auch das Versprechen auf Wiederaufnahme des Investitionsprogramms unserer Sportstätten. Na ja, für ein Jahr mag das mit Blick auf die Haushaltslage vertretbar sein. Aber was ist nächstes Jahr und das Jahr darauf? Vielleicht im Jahr 2027? Da war doch was. – Ach ja, da sind wir alle wieder im Wahlkampf, nicht wahr, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Ungelöst bleiben auch wichtige Zukunftsfragen. Eine Strategie für die drängende energetische Sanierung unserer Sportstätten und Vereinsheime gibt es auch nicht. Es gibt auch keine Initiative für eine effektive Bäderplanung. Das sei schließlich Sache der Kommunen, also Sache derjenigen Kommunen, die gerade reihenweise in die roten Zahlen rutschen, der Kommunen, die Jahr um Jahr vertröstet werden, weil es dem Land nicht gelingt, endlich eine Altschuldenslösung auf den Weg zu bringen.

Mit diesem Haushalt schleppt sich Schwarz-Grün gerade so über die Ziellinie hinaus. Getan wird nur das Nötigste, statt Sport und Gesellschaft in der Krise zu stärken. Offensichtlich träumt man in der Krise lieber von besseren Zeiten, als ihr mit mutigem Handeln zu begegnen.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Ich möchte mich an dieser Stelle für Ihr aufmerksames Zuhören und Zugucken bedanken. Eines möchte ich noch sagen: Möge uns Gott weiterhin vor Fehlentscheidungen der Christdemokraten schützen! Glückauf, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE] – Zuruf von der CDU – Gegenruf von Tülay Durdu [SPD]: Nächstenliebe fängt auch beim Ehrenamt, beim Sport an!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der CDU hat nun der Abgeordnete Herr Nettekoven das Wort.

Jens-Peter Nettekoven (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jahrelang – seit 2017 – ging es im Sport immer aufwärts, 2024 leider nicht. Wenn man sich 2017 anguckt, dann stellt man fest, dass in der Zeit ein Aufwuchs von 74 Millionen Euro im Sport passiert ist. Ich denke, auch das kann sich sehen lassen.

(Christof Rasche [FDP]: Auch durch Schwarz-Gelb!)

– Schwarz-Gelb und auch ...

Ich glaube, der Sport in Nordrhein-Westfalen kann sich in den letzten Jahren nicht beschweren.

Aber der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Welt verändert und auch seine Spuren in NRW hinterlassen. Zusätzlich beschert auch die Politik der SPD-geführten Bundesregierung dem Land NRW Mehrbelastungen von rund 4 Milliarden Euro. Die finanzielle Lage ist kritisch, und Sparen ist das Gebot der Stunde.

Ja, auch der Sport hat seinen Beitrag geleistet; er tut es mit realen Einsparungen in Höhe von 2,3 Millionen Euro. Wir hätten uns das als Sportpolitiker anders gewünscht, aber auch wir müssen den wirtschaftlichen Realitäten ins Auge blicken. Es ist nicht die Zeit, Milliarden Euro mit der Gießkanne zu verteilen, im Gegenteil: Jetzt kommt es darauf an, die richtigen Prioritäten zu setzen. Wir haben in der letzten Zeit 30 Millionen Euro aus EU-Fördermitteln für das Thema „Digitalisierung im Sport“ investiert. Danach lecken sich andere Länder die Finger.

Ich hätte mir auch gewünscht, dass die sportpolitischen Sprecher auch der Opposition bei der Eröffnung des ersten Schwimmcontainers in Düren dabei gewesen wären.

(Tülay Durdu [SPD]: Ich war dabei!)

Das Thema der Schwimmcontainer, das am Anfang sehr kritisch gesehen worden ist, wird jetzt sehr positiv aufgenommen. Wenn man darüber nachdenkt, dass wir die Lottoeinnahmen von 1,89 Millionen Euro, also die Erhöhung der Destinatäre, dem Landessportbund zur Verfügung stellen, dann kompensieren wir damit die Einschnitte, die wir im Sporthaushalt 2024 vorgenommen haben. Frau Kollegin, das betrifft die Übungsleiterpauschale, die Trainergehälter und die Mittel für die Verbände.

Wer gestern bei den Juniorsportlern des Jahres dabei gewesen ist, weiß: Der Präsident hat gegenüber der FDP und der CDU gesagt, dass sie mit den Verhandlungsergebnissen, die sie mit der Landesregierung erzielt haben, zufrieden seien.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ja, wir haben einen Koalitionsvertrag, einen sehr mutigen Koalitionsvertrag. Ja, wir haben uns vorgenommen, dass wir das Thema „Moderne Sportstätte“

wiederauflegen lassen. Frau Kollegin, Sie haben es eben ausgeführt, dass Sie sich das auch früher gewünscht hätten. Ich glaube, dass auch wir in der derzeitigen Situation der Haushaltslage verstehen, dass wir das Vorjahresprogramm „Moderne Sportstätte“ derzeit nicht auflegen können. Wir würden das sehr gerne tun, aber: Wo kein Geld ist, kann es auch zurzeit nicht ausgegeben werden.

Ein großes Thema, das nicht nur mir am Herzen liegt, sondern auch meinem Kollegen aus der letzten Legislaturperiode, Andreas Terhaag, und auch Hedwig Tarnier, ist das Thema des Trainertarifs. Eine ordentliche und angemessene Finanzierung der Trainer ist ein wichtiges Instrument.

Frau Kollegin, bevor Sie auf Nordrhein-Westfalen zeigen: Ich habe am Freitag mit Ihrer sportpolitischen Sprecherin aus Berlin zusammengesessen. Das 400-Millionen-Euro-Programm für die Sportstätten stammt aus dem 60-Milliarden-Euro-Paket und wird deswegen derzeit nicht ausgezahlt. Also, auch hier fehlt Geld für den Sport. Vielleicht bekommen wir das hin, dass diese 400-Millionen-Euro-Programme aus Berlin tatsächlich kommen.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass Sachlichkeit und Verlässlichkeit die Eckpfeiler für seriöse Haushaltspolitik sind. Wer anders handelt, erleidet zwangsläufig Schiffbruch.

Am Freitag hat an der Sporthochschule ein Professor sehr treffend gesagt: Wenn ich auf den Bund blicke, dann stelle ich fest, dass die Bundesregierung geglaubt hat, dass sie im Casino sei. Sie hat alles auf Rot gesetzt, und es kam Schwarz. Wir machen eine solide Haushaltspolitik. Deswegen gucken wir nicht nach Berlin, wir gucken nach Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ja, wir haben dieses Jahr keinen Mittelaufwuchs bekommen; das ist sehr zu bedauern. Aber auch wir bringen gerne unseren Beitrag, und in guten Zeiten geht es dann auch wieder nach oben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Abgeordnetekollege Rasche das Wort.

Christof Rasche* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Das aktuelle Bekenntnis zu den Olympischen Spielen an Rhein und Ruhr aus dieser Woche begrüßen wir ausdrücklich. Das ist eine fundamentale Grundlage für die Entwicklung des Sports in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland.

Traditionell gibt es im Sportausschuss große Einigkeit bei sehr vielen Themen. Das ist auch in dieser Legislaturperiode der Fall. Wir setzen uns gemeinsam für die Interessen des Sports ein.

Umso enttäuschter war der gesamte Ausschuss nach der Einbringung des Sporthaushaltes durch die Landesregierung von CDU und Grünen, weil das mit der Zukunft, die so oft beschrieben wird, wenig zu tun hatte. Wäre das so geblieben, wäre das eine Katastrophe für den Breitensport, die Trainer, das Ehrenamt und die Übungsleiter gewesen. Denn es wurde klar: NRW ist Sportland Nummer eins – das ist so –, aber nicht unbedingt wegen dieser Landesregierung.

Zum Haushalt: Wir reden bei den notwendigen Mitteln für den Sport über 0,01 % des Gesamthaushalts, der ein Volumen von 100 Milliarden Euro aufweist. Das sind weniger als 10 Millionen Euro, die für den Sport jedoch eine gewaltige Summe darstellen, weil diese Regierung in diesem Haushaltsjahr 2023 schon 145 Millionen Euro gestrichen hat.

Die Opposition und der Landessportbund haben Druck gemacht. Auch der Kollege Jens-Peter Nettekoven hat sich kräftig ins Zeug gelegt. Es hat dann tatsächlich Verbesserungen gegeben, die verhindert haben, dass es zu einer Katastrophe gekommen ist. Zufrieden kann die NRW-Sportfamilie damit aber niemals sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP)

Aus unseren Zahlen geht hervor, dass die Kürzungen von ursprünglich 7,3 Millionen Euro um 2,3 Millionen Euro reduziert wurden. Damit ist die Sportfamilie in Nordrhein-Westfalen natürlich nicht zufrieden. Außerdem wurden die Inflation und die Kostensteigerungen überhaupt nicht berücksichtigt. Das kann man, sportlich gesprochen, als Foulspiel bezeichnen. Wenn die Sportfamilie das grundsätzlich akzeptieren würde, dann bliebe das in den nächsten Jahren automatisch so; das hatten wir in der Vergangenheit schon einmal.

Diese Politik ginge auf Dauer an die Substanz des Sports. Im Sport würde man das als Unsportlichkeit bezeichnen, und Sportlerinnen und Sportler, die unsportlich handeln, werden in der Regel des Feldes verwiesen. Die FDP erhöht deshalb mit ihren Anträgen den Ansatz für den Sport um insgesamt 6,4 Millionen Euro. Diese sehr angemessenen und bescheidenen Vorschläge werden die CDU und die Grünen aber wahrscheinlich ablehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Teile der Konzessionseinnahmen werden zweckgebunden weitergegeben, um den eigentlich zuständigen Landeshaushalt zu schonen. Das ist erstmals der Fall, und das ist erstmals ein Dammbbruch in diesem Bereich.

Noch einmal: Der Sporthaushalt reicht trotz minimaler Nachbesserungen nicht aus, um das Niveau der NRW-Sportfamilie zu halten. Es kommt zu Kürzun-

gen, und Kostensteigerungen werden nicht berücksichtigt. Zudem wird der Fördertatbestand für den organisierten Sport aus den Strukturprogrammen für den ländlichen Raum gestrichen.

CDU und Grüne hätten es einfach bei der alten Regelung belassen können. Das hätte nicht einen einzigen Euro mehr gekostet. Diesbezüglich erinnern wir auch an die sehr deutliche Kritik des Präsidenten des Landessportbunds Stefan Klett und des Hauptgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebunds Christof Sommer. Geändert hat das am Handeln dieser Koalition und dieser Regierung jedoch nichts.

Des Weiteren verhindert die Regierung eine Neuaufgabe des erfolgreichen Programms „Moderne Sportstätte 2022“. Es mag sein, dass das vielleicht mangels Geld geschieht.

In den Großstädten werden Neumitglieder – das sind oft Kinder und Jugendliche – nicht mehr auf Sportanlagen gelassen. Die Sportanlagen werden für diese Neumitglieder geschlossen, weil die Infrastruktur einfach nicht mehr ausreicht.

In vielen Städten und Gemeinden reichen die Schwimmflächen nicht mehr aus. Es sind zu wenig Lehrschwimmbecken vorhanden. Hier müsste dringend investiert werden. Wir erleben gerade unter anderem in Lippstadt eine sehr angespannte Diskussion.

Die Landesregierung redet beim Thema „Moderne Sportstätten“ seit zwei Haushalten von einer erforderlichen Evaluation. Im Handball würde man so etwas Zeitspiel nennen, und wenn man im Handball dreimal auf Zeit spielt, wird man des Feldes verwiesen.

Alle diese Argumente reichen für CDU und Grüne offensichtlich nicht aus. Wir wollen jedoch, dass NRW Sportland Nummer eins bleibt. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unseren Anträgen, damit Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft mit starker Strahlkraft und weit über Deutschland hinaus die Nummer eins im Sport ist. Es ist ganz wichtig, dass wir für den Breitensport, die Übungsleiter und den Spitzensport die Mittel zur Verfügung stellen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Abgeordnetenkollegin Frau Tarner das Wort.

Hedwig Tarner* (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich würde ich gerne hier stehen und Ihnen eine Fülle von Maßnahmen vorstellen, die den Sport weiter voranbringt. Im Gegensatz zu Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der Opposition, bieten wir aber eine Deckung für die Ausgaben an.

Die öffentlichen Haushalte – von der Bundesebene bis hin zu den kommunalen Ebenen – ächzen unter den vielfältigen Herausforderungen und Aufgaben. Wir sind im Sport aufgrund der Parallelität der Krisen und Herausforderungen in vielen Bereichen betroffen, und ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen.

Erstens: die Energiekrise. Jahrelang wurde in die energetische Sanierung von Sportanlagen ungenügend investiert. Die Folgen spüren viele Vereine durch die hohen Energiekosten. Dafür erhielten sie eine Unterstützung, und zahlreiche Insolvenzen wurden verhindert.

Zweitens. Eine weitere Herausforderung mit verschiedenen Facetten ist der demografische Wandel. Welche Auswirkungen erwarten uns? Gibt es mehr Ehrenamtliche, wenn die Babyboomer in Rente sind? Gibt es weniger Trainerinnen und mehr Breitensportlerinnen? Wir werden diese Entwicklung begleiten und versuchen, das Beste zu erreichen.

Es gibt jedoch keine einfachen und schnellen Lösungen. Das wäre schön, aber das ist nicht machbar.

Wir Grüne wollen mit unserer Politik Veränderungen gestalten und damit eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen möglich machen. Wir haben in dieser schwierigen Haushaltslage deshalb entschieden, Schwerpunkte zu setzen.

Wir priorisieren die Unterstützung für Kinder und Jugendliche sowie deren Bildung. Das heißt aber auch, dass die anderen Ressorts bereit sind, diese Aufgabenbereiche mitzufinanzieren, weil wir ein Team sind und nur gemeinsam gewinnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das Sportland NRW überzeugt, denn nahezu ein Drittel der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist in Sportvereinen organisiert, und noch mehr Personen halten sich individuell fit. Jenseits der rein körperlichen Betätigung trägt der Sport erheblich zu unserer mentalen Gesundheit bei, indem er Stress reduziert und das Sozialleben fördert. Es ist evident, dass der Sport einen ganzheitlichen Beitrag zur menschlichen Entwicklung leistet.

Sport ist auch 2024 von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft: Bewegung, Gesundheit, miteinander Wohlfühlen und auch Wettkämpfe. Dafür bedarf es Trainerinnen, Sportanlagen, Wettkämpfe und Sportvereine. Nach Corona ist es uns wichtig, die Menschen, insbesondere die Kinder, wieder in Bewegung zu bringen. Deshalb ist es für uns ein Herzensanliegen, die Förderung für die Übungsleiterinnen und Trainingsleiterinnen fortzusetzen – und sei es über die Destinatärmittel.

Liebe SPD und liebe FDP, als Opposition ist es leicht, mehr für den Sporthaushalt zu fordern. Sie kommen mir aber vor wie die Millionen von Bundestrainern der Nationalmannschaft.

(Beifall von den GRÜNEN – Christof Rasche
[FDP]: 0,01 % des Haushalts!)

– Ja, der Sportanteil ist ein geringer Anteil.

Wir als Land Nordrhein-Westfalen und die schwarz-grüne Regierungskoalition wollen einen ganzheitlichen Beitrag zur Entwicklung des Sports leisten, damit wir uns auch in Zukunft zu Recht als Sportland NRW bezeichnen können. Mit aller Kraft haben wir uns für möglichst gute Bedingungen für den Sport eingesetzt.

Insbesondere liegt mir und uns die Förderung des Ehrenamtes am Herzen, denn ohne die vielen ehrenamtlichen Menschen hätte der Sport ein viel kommerzielleres Gesicht. Liebe ehrenamtlich Tätige, danke, Sie sind ein wichtiger Baustein unseres Gemeinwesens.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Obwohl es uns bewusst ist, dass der Haushalt 2024 lange nicht alle unsere Sportwünsche erfüllt, sehen wir darin trotzdem den richtigen Weg, möglichst viel von den wichtigen Dingen zu erfüllen. Wir stehen hinter dem Haushalt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Herr Keith das Wort.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kaum im Amt kürzte die schwarz-grüne Landesregierung vor einem Jahr den Etat für die Sportförderung mal eben um zwei Drittel – genau die Landesregierung, die nicht müde wird, zu betonen, wie wichtig ihr der Sport ist.

Auch im kommenden Jahr hat der Sport von Ihnen nichts zu erwarten, jedenfalls nichts Gutes. Wieder setzen Sie den Rotstift an – wieder ohne Rücksicht auf Verluste. Fast alle Projektförderungen werden pauschal gekürzt.

Auch bei der Förderung der Übungsarbeit von Sportvereinen wollten Sie den Rotstift ansetzen. Nur auf erheblichen Druck der Vereine haben Sie die Finger davon gelassen.

Die 2023 zusätzlich gewährte 1 Million Euro für die Qualifizierung von Übungsleitern wird gestrichen. Glückwunsch, liebe Landesregierung, der Schwimmlehrermangel wird uns also weiterhin beschäftigen und Kindern das Schwimmenlernen erschweren.

Das dringend benötigte Sanierungsprogramm für vereinseigene Sportstätten haben Sie im Koalitionsvertrag doch so großspurig versprochen. Auch 2024 wird es das nicht geben.

„NRW muss sparen“, sagen Sie. Ja, das stimmt. Doch Ihr sogenannter Sparkurs richtet beim Sport nicht nur noch mehr Schaden an, er entpuppt sich bei näherem Hinsehen auch noch als riesengroße Mogelpackung. So erreichen Ihre Gesamtausgaben 2024 erstmals ein Rekordhoch von mehr als 100 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 7,2 Milliarden Euro im Vergleich zu 2023.

Dabei haben Sie noch unverschämtes Glück, dass die Steuereinnahmen sprudeln. Ist es nicht toll, dass Ihre Teuerungspolitik auch die Steuern ansteigen lässt? Da klingeln die Staatskassen trotz Wirtschaftskrise. So müssen Sie auch nicht bei Ihren Lieblingsprojekten sparen. Dafür ist genug Geld da. Bei den so hochgelobten, aber leider völlig untauglichen Interkulturellen Zentren, den zahlreichen Meldestellen zur Diffamierung all derjenigen, die nicht Ihrer Meinung sind, und sämtlichen sinnfreien Maßnahmen zur Förderung von immer mehr Klima- und Gendergaga, bei alledem wird sogar noch ordentlich aufgestockt, von Sparsamkeit hier keine Spur.

Dass Millionen Deutsche aufgrund Ihrer katastrophalen Politik jeden Cent dreimal umdrehen müssen, lässt Sie völlig kalt. Im Gegenteil: Die Not der Menschen hält Sie nicht davon ab, ihnen weiterhin ungehindert in die Tasche zu greifen: hier ein bisschen weniger Rente, da mehr CO₂-Steuer, dort höhere Sozialbeiträge. Für was das alles? Dafür, dass Sie ihnen die Schwimmbäder und Bibliotheken schließen und der Sanierungsstau bei der Sportinfrastruktur immer weiter wächst. Statt vernünftig und verantwortungsvoll mit dem Geld umzugehen, das Sie den Bürgern wegnehmen, streichen Sie dem Sport überlebenswichtige Fördergelder einfach weg.

Dabei reden wir im Vergleich zu den Milliarden, die Sie anderswo völlig sinnfrei versenken, hier von Kleckerbeträgen. Es wäre ein Leichtes gewesen, einen Trainertarif einzuführen – zumal Sie sich bereits im Februar mit dem Landessportbund darauf geeinigt hatten.

Bei der Bezahlung von Leistungstrainern ist Deutschland international bereits abgehängt. Deutsche Spitzentrainer wandern längst zu anderen Nationen ab. Das führt unweigerlich zu weniger Erfolgen und Medaillen. Die Folge: Der deutsche Spitzensport läuft Gefahr, den Anschluss an die Weltklasse weiter zu verlieren: keine Medaillen bei der Leichtathletik-WM in Ungarn, nur einmal Bronze im Becken bei der Schwimm-WM in Japan, notorisches Scheitern der Fußballnationalmannschaft, und beim Fechten und Turnen sieht es ähnlich schlecht aus.

Unser Land, unsere Jugend braucht starke Vorbilder – gerade im Sport. Junge Talente, aus denen Vorbilder werden, gewinnt man aber nur über eine gute Nachwuchsarbeit, und die fängt bekanntlich beim Breitensport an. Dass die sogenannte Zukunftscoalition ausgerechnet die Grundförderung – eine Förderung

wohlgemerkt, die seit fünf Jahren nicht mehr erhöht wurde – für diese Arbeit kürzen wollte, ist symbolisch für die Misere. Daseinsvorsorge und Gemeinwohl spielen in Ihren Überlegungen wirklich keine Rolle mehr.

Wie passt all das zu Ihrem Selbstverständnis von NRW als Sportland Nummer eins? Wie passt das zu den Kosten, die jedes Jahr für die Austragung von Spitzensportveranstaltungen anfallen? Wie passt das zu Ihren Absichten, Olympia nach NRW zu holen?

Ich sage es Ihnen, auch wenn der Ministerpräsident Herr Wüst nicht da ist: gar nicht. Wir lehnen dieses Armutszeugnis ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Keith, bei allen unterschiedlichen Meinungen, die hier vorgetragen werden sollen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass bei der Debattenführung stets auf die Würde des Hauses zu achten ist. Dazu gehört auch, dass Stellen, die hier im Lande im Einsatz sind, nicht diffamiert werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für die Landesregierung hat nun der Minister Herr Liminski das Wort.

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Auch für den Bereich „Sport“ besteht angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Lage nur wenig haushaltspolitischer Spielraum.

Aber – und das ist die gute Nachricht –: Der Ministerpräsident, die Sportstaatssekretärin und die sportpolitischen Sprecher der Regierungsfractionen haben gemeinsam mit unserem Partner, dem organisierten Sport – ich grüße den Präsidenten des Landessportbunds auf der Zuschauertribüne –, Lösungen gesucht und auch gefunden. Das Ziel dabei ist, Einsparbedarfe weitestgehend auszugleichen.

Dafür ist es gut, einmal einen Blick auf die Zahlen zu werfen, denn die Betrachtung der Wirklichkeit ist häufig ein guter Ausgangspunkt für ordentliche Politik. Wenn man nur einmalig im Jahr 2023 etatisierte Mittel einmal ausklammert, dann sieht der ursprüngliche Entwurf für den Sporthaushalt 2024 reale Einsparungen in Höhe von insgesamt 2,3 Millionen Euro vor. Das ist wichtig. Auch darauf komme ich noch einmal zurück.

Der organisierte Sport in unserem Land weiß um unser klares Engagement und unser klares Bekenntnis

für eine gute Sportentwicklung in unserem Land, so wie wir es mit unserer harten tagtäglichen Arbeit für ein breites, buntes und starkes Sportangebot, für Topleistungen und mitreißende Veranstaltungen unter Beweis stellen.

Wenn ich sage „wir“, dann meint das an diesem Punkt im Wesentlichen nicht mich, sondern vor allen Dingen die Kollegin Staatssekretärin Milz, für deren Einsatz ich mich hiermit auch noch einmal vom Rednerpult aus herzlich bedanken will.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch wenn man sich einmal – Stichwort: Betrachtung der Zahlen – anschaut, was die Entwicklung der vergangenen Jahre so hergibt, dann muss man festhalten, dass selbst bei den bisher geplanten Minderungen für das kommende Jahr deutlich mehr Fördermittel zur Verfügung stehen als noch 2017. Kollege Nettekoven hat gerade eben darauf hingewiesen.

(Christof Rasche [FDP]: Unglaublich!)

Hier muss man sich einmal die Steigerung anschauen: Der Sporthaushalt im Einzelplan 02 ist seit 2017 um rund 26 Millionen Euro, also um rund 40 %, gewachsen. Es gibt wenige Einzelpläne und Teilpläne, die das von sich behaupten können.

Der Landessportplan weist mit einem Plus von rund 54 Millionen Euro eine Steigerung von etwa 32 % gegenüber dem Haushalt 2017 aus. Was soll das heißen? – Das soll zeigen: Uns muss niemand darin belehren, welche Bedeutung und welchen Stellenwert der Sport in diesem Land hat.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das stellen wir auch bei der weiteren Gestaltung des Haushalts für das kommende Jahr unter Beweis. Wir haben die steigenden Einnahmen aus den Konzessionserlösen bei der Durchführung von Glücksspielen dafür genutzt, die Ausschüttung an Destinatäre im Rahmen der Ergänzungsvorlage zu erhöhen.

Wenn Sie sich das genauer anschauen, sehen Sie: Es ist eine klare Fokussierung und Schwerpunktsetzung auch auf den Bereich des Sports vorgenommen worden, um an der Stelle das aufzufangen, was an Einsparungen sonst notwendig gewesen wäre.

Ein kleiner Teil davon wird unmittelbar zur Deckung von Ausgaben für Zuwendungen zur Förderung des Sports genutzt werden. Der größere Teil der zusätzlichen Mittel von rund 1,9 Millionen Euro wird an den Landessportbund ausgeschüttet.

Der Landessportbund plant, hieraus gemeinsam von Land und Landessportbund finanzierte Strukturförderungen für die Landesfachverbände sowie die Förderung der Landestrainer mit einem höheren Eigenanteil zu unterstützen und so auf dem bisherigen Niveau zu halten.

Zugleich bleiben damit die Landesmittel für die Förderung der Übungsarbeit in der bisherigen Höhe ungeschmälert erhalten. Bei dieser Gestaltung werden wir, wie üblich, vertrauensvoll und eng zusammenarbeiten.

Ich finde, dass diese Gestaltung dieser herausfordernden Situation sehr gut zeigt, dass die Selbstverwaltung des Sports in unserem Land nicht nur in guten Händen ist, sondern wirklich vorbildlich funktioniert. Das gelebte Miteinander, auch der Teamgeist, die Ausdauer, die Kondition und das Dranbleiben zeigen, dass wir bei der Gestaltung des Sporthaushalts selber beste sportliche Werte an den Tag legen. – In dem Sinne: danke für die Zustimmung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen somit zum Schluss der Aussprache zu Teil c) Sport des Einzelplans 02.

Ich rufe auf:

d) Medien

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD der Kollegin Blumenthal das Wort.

Ina Blumenthal* (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung spricht sehr gerne und sehr oft pathetisch von „Zukunft“. Mit diesem Medienhaushalt offenbart sie aber: Die Medienlandschaft blickt einer trüben Zukunft entgegen, vor allem wenn wir in die Bereiche schauen, die Ihnen nach eigener Aussage doch so furchtbar wichtig sind: die Kinder und Jugendlichen in diesem Land.

Ich mache mir Sorgen um die Kinder und Jugendlichen in unserem Land, denn täglich, stündlich und wenn wir mal ganz ehrlich sind, sekundlich werden sie auf allen Kanälen mit Informationen bombardiert, bekommen in den sozialen Medien falsche Informationen und Vorbilder ungefiltert präsentiert.

Es mag daher nicht verwundern, dass die Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit Essstörungen seit Jahren rasant ansteigt. Wir wissen, dass dieser Anstieg auch mit der Nutzung von sozialen Medien verbunden ist. Mir macht das Sorge, denn hier wächst eine Generation heran, die sich mit KI und Bildbearbeitung messen lassen muss.

Es mag auch nicht verwundern, dass immer mehr Kinder und Jugendliche gar nicht mehr wissen, wie sie an gute journalistische Inhalte kommen können. Diese jungen Menschen haben nur ein geringes Interesse am aktuellen Weltgeschehen, nutzen kaum

die Informationsangebote etablierter Medien und werden daher mit journalistischen Angeboten kaum noch erreicht. – Das sagt wohlgerne das Hans-Bredow-Institut, ein etabliertes Forschungsinstitut. Und was tut unsere Landesregierung an dieser Stelle? Sie investiert nicht, sie investiert keinen Cent mehr in die so wichtige Medienkompetenzförderung.

Wie in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit den neuen Entwicklungen rund um KI, Cybersicherheit und Desinformation umgegangen wird, bleibt ein Rätsel dieser Landesregierung. Wir müssen mit diesen Entwicklungen Schritt halten, wenn wir auch in Zukunft noch frei und vor allem friedlich miteinander diskutieren wollen.

Der Minister ist uns abhandengekommen. Wie konnte das passieren? Herr Liminski?

(Andreas Keith [AfD]: Wichtige Staatsgeschäfte! – Sven Werner Tritschler [AfD]: Der liest das im Protokoll! – Zurufe: Da! – Bianca Winkelmann (CDU): Er steht dort!)

– Da ist er, wunderbar. Sehen Sie, ich passe auf.

(Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Ich hörte mit einem Ohr zu!)

– Gut. – Wir müssen mit diesen Entwicklungen Schritt halten – auch Sie, Herr Liminski –, wenn wir auch in Zukunft noch frei und friedlich miteinander diskutieren wollen.

(Beifall von der SPD)

Was Sie, sehr geehrte Damen und Herren, bislang tun, reicht einfach nicht aus. Dabei wäre es ein Zukunftsprojekt für unsere Demokratie. Wo also bleibt der Aufbruch für das Medienland hier in Nordrhein-Westfalen? Wir stellen immer wieder fest: NRW ist ein Medienland mit viel Potenzial, mit viel Verantwortung, mit vielen Einwohnerinnen und Einwohnern. Wir von der SPD-Fraktion vermissen den Willen, die Zukunft des Medienlandes NRW auch wirklich zu gestalten.

(Beifall von der SPD)

Ein „Weiter so“, allerdings mit weniger Geld, schafft keine Zukunft. Ich habe es in der letzten Rede schon einmal erwähnt: Deutschland steht dieses Jahr in der Rangliste von Reporter ohne Grenzen in Sachen „Pressefreiheit“ auf Platz 21. Das sind weitere fünf Plätze schlechter als noch im Vorjahr. Obwohl die Pressefreiheit so existenziell ist, meldet der Deutsche Journalistenverband wieder: Die Liste der geschilderten Angriffe, Übergriffe und Beleidigungen gegen Journalistinnen und Journalisten wird immer länger.

Es mag uns nicht verwundern, wenn insbesondere Demokratiefeinde immer lauter „Lügenpresse“ schreien

und die vierte Gewalt im Staat immer wieder angreifen. Das Innenministerium hat hierzu einmal mehr eine sechsseitige Broschüre veröffentlicht. Reicht das in Ihren Augen wirklich? Was muss also passieren, sehr geehrte Damen und Herren, damit Sie den Schutz von Medienschaffenden endlich ernst nehmen?

Mein dritter Punkt ist die wirtschaftliche Bedeutung der Medienpolitik für Nordrhein-Westfalen. Die Gamesbranche, der Filmstandort, unsere Medienhäuser – NRW ist ein starkes Bundesland. Gerade im Bereich der Medien haben wir so tolle Player, aber etwas, das wir immer noch nicht haben, ist ein ordentliches Vernetzungstreffen. Wann wird es dieses so wichtige Vernetzungstreffen für Medienschaffende wieder geben? Es mag Ihnen, Herr Minister Liminski, bekannt vorkommen: Das Thema entwickelt sich seit Jahren nicht mehr zum Positiven. Im Gegenteil: Im neuen Haushalt sparen Sie sogar weiter ein. So gestalten wir keine Zukunft für die Medienschaffenden, für den Medienstandort hier in Nordrhein-Westfalen. Wir lehnen deshalb den Haushalt ab.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun die Kollegin Stullich das Wort. Bitte sehr.

Andrea Stullich (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ausgangspunkt aller Überlegungen für den Gesamthaushalt 2024 ist das Recht der Kinder auf Bildung, Erziehung und individuelle Förderung. Außerdem setzen wir einen Schwerpunkt bei der inneren Sicherheit, und wir investieren, damit die Transformation hin zum klimaneutralen Industriestandort gelingt.

Dabei kommen wir ohne neue Schulden aus. Damit das gelingt, setzen alle anderen Ressorts ein solidarisches Zeichen, indem sie nämlich ihren Beitrag dazu leisten, die großen Themen „Bildung“, „Sicherheit“ und „Transformation“ mitzufinanzieren. Ich finde das gut und richtig.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir bei diesen Themen weiter vorankommen wollen, gleichzeitig aber die Einnahmen nicht mehr werden, dann müssen wir woanders sparen, auch im Medienhaushalt. Das ist schmerzhaft, aber ehrlich. Dabei ist mir wichtig: Die Kürzungen bedeuten natürlich keine strategische Neuausrichtung unserer Politik, insbesondere nicht, was die wichtige Rolle der Film- und Medienstiftung für den Medienstandort NRW betrifft. Sie zu fördern, bleibt natürlich ein zentraler Schwerpunkt, auch wenn sie dafür im nächsten Jahr leider etwa 5,3 Millionen Euro weniger Fördermittel zur Verfügung hat. Das ist eine schwere Ent-

scheidung. Aber natürlich wird die Film- und Medienstiftung mit trotzdem noch 18 Millionen Euro an Fördermitteln vom Land ihre Arbeit auch im kommenden Jahr vernünftig fortsetzen können, zumal wir seit 2017 die Fördermittel des Landes um 84 % erhöht haben.

Für den Medienhaushalt gilt das Gleiche wie für unseren Gesamthaushalt: Wir sagen klar, welche Aufgaben vorrangig gegenüber anderen sind, und zwar ohne dabei substanzielle Einschnitte vornehmen zu müssen. Unsere zentralen Schwerpunkte im Medienhaushalt lauten: Medienvielfalt sichern, Lokaljournalismus stärken, Medienbildung fördern und insgesamt die führende Position des Medienstandorts NRW festigen. Wir unterstützen weiterhin die starken Branchenevents. Wir setzen die Förderung für Serious Games und Gamification-Anwendungen fort, und wir verstetigen das Engagement für den E-Sport. Wir bauen wichtige Projekte wie den #DigitalCheck-NRW weiter aus und setzen darüber hinaus neue Impulse, etwa beim Aktionsplan gegen Desinformation, denn die individuelle Medienkompetenz zu stärken, bleibt natürlich ein zentraler Schwerpunkt.

Liebe Kollegin Blumenthal, wir betrachten die Förderung von Medienkompetenz eben nicht als isoliertes Thema, sondern als Teil unserer Digitalstrategie. Wir wollen, dass alle Bürger sicher mit dem digitalen Wandel umgehen und die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Dafür braucht es individuelle Medienkompetenz, die passgenau auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten jedes Einzelnen eingeht. Das machen wir ressortübergreifend. Beispielsweise unterstützt das Schulministerium auch im kommenden Jahr und in den darauffolgenden Jahren die Medienscouts der Landesmedienanstalt mit jeweils 500.000 Euro.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch wenn wir im Haushalt insgesamt etwas weniger finanziellen Spielraum haben, werden wir den Medienstandort Nordrhein-Westfalen so erfolgreich weiterentwickeln, wie wir dies 2017 begonnen haben. Der Haushalt bleibt für das kommende Jahr verlässlich und lässt Raum für neue Entwicklungen, denn unsere Medienpolitik orientiert sich konsequent daran, was die Branche braucht und was die Nutzer erwarten.

Die Änderungsanträge der SPD zum Haushalt finde ich ziemlich dünn und vor allem ziemlich mau begründet. Ihre zusätzlichen Forderungen summieren sich auf etwas mehr als 3 Millionen Euro, die Sie mit der Gießkanne verteilen. Das ist eben der Unterschied zu uns: Wir gehen den schwierigen Weg, es ist der ehrliche Weg.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Unsere Politik bleibt verlässlich, weil wir mit Augenmaß planen, Prioritäten setzen, Engpässe einkal-

kulieren und auch sparen können, weil wir auch in der Medienpolitik weiter gestalten und nichts versprechen, was wir nicht halten können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Kollege Ralf Witzel das Wort.

Ralf Witzel¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Teilbereich Medien im Einzelplan 02 ist rein quantitativ betrachtet von untergeordneter Bedeutung. Bei einem Gesamthaushalt in historischem Rekordvolumen von über 100 Milliarden Euro bewegt er sich nicht einmal im Promillebereich.

Ich will zugleich auch in diesem Jahr nicht verschweigen, dass dieser Teilbereich inhaltlich betrachtet weitgehend einer der am wenigsten spektakulären und kontroversen ist. Als konstruktive Serviceopposition kritisieren wir nicht pauschal alles,

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

und dafür gibt es mehrere Gründe.

Die amtierende Landesregierung setzt im Wesentlichen seit Jahren übliche Vorhaben fort, viele davon auch aus der schwarz-gelben Regierungszeit. Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen brauchen Planungssicherheit und werden nicht allein dadurch falsch, dass sich die Regierungszusammensetzung ändert.

Viele medienpolitische Vorhaben haben in der schwarz-gelben Regierungszeit Zuwächse bei den finanziellen Förderungen erfahren. Wir bedauern, dass die amtierende Landesregierung keine Möglichkeit gefunden hat, diesen Trend fortzusetzen und sich teilweise noch zu Kürzungen veranlasst gesehen hat.

Zugleich will ich nicht pauschal kritisieren, dass es der Anspruch unseres Medienministers Nathanael Liminiski ist, auch in seinem Bereich einen Beitrag zu den Konsolidierungsherausforderungen des Landeshaushalts insgesamt zu leisten. Im Gegenteil: Das aktuelle Bundesverfassungsgerichtsurteil zwingt uns dazu, zukünftig noch sorgsamer abzuwägen, welche Ausgaben wir uns leisten können und welche Förderungen nicht.

Wir haben Sie, Herr Minister, im Medienausschuss zu Ihren Konsolidierungsplänen befragt und auch einen Fragenkatalog dazu übersandt, den Sie sachgerecht abgewogen und mit Problembewusstsein für dringliche Prioritätensetzungen beantwortet haben.

Es wäre unfair, Ihnen das hier zum Vorwurf zu machen.

Aber ohne Kritik an der Medienpolitik des Landes sind wir selbstverständlich auch nicht, wie Sie, Herr Minister, aus zahlreichen persönlichen Erörterungen wissen. Haushaltsberatungen sind bekanntlich Generaldebatten, die auch den grundlegenden fachpolitischen Kurs einer Regierung auf den Prüfstand stellen. Deshalb sage ich Ihnen: Versäumnisse der Medienpolitik sehen wir eher in einem anderen Handlungsfeld dieser Landesregierung als bei einzelnen Haushaltstitel.

Milliardenbeträge für Medien werden nämlich nicht im Landeshaushalt erbracht, sondern von Bürgern und Betrieben in Nordrhein-Westfalen bei der Beitragspflicht für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Sie mit Gesetzen und Staatsverträgen bestimmen und näher konkretisieren.

Viel erheblicher als die Frage irgendeines Förderzuschusses im Landeshaushalt ist daher für viele Menschen in unserem Land die sie betreffende Entwicklung des Pflichtbeitrages. Hierzu sollten Sie dringend, auch bitte hier heute am Redepult, Ihre Position offenbaren. Stimmen Sie als Landesregierung in Zeiten hoher Inflation und von Krisen bald wieder der nächsten Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu oder setzen Sie Strukturformen durch?

Sie haben mit zu den reformbereiten Kräften gehört, Herr Minister, die im letzten Jahr eine Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gefordert und einen Zukunftsrat auf den Weg gebracht haben. Aber, was teilen Sie uns heute für Erfolge und Ergebnisse dieser Arbeit mit? Die mehreren Staatsverträge jedenfalls, die Sie als Landesregierung in den letzten Monaten unterschrieben haben, haben eines gemeinsam: Sie setzen die Privilegien und unfairen Wettbewerbsvorteile des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fort und lassen diesen weiter expandieren. Zahlreiche Sachverständigenanhörungen haben dies gezeigt.

Mit Ihrer „ÖRR-First-Politik“ zementieren Sie das weltweit teuerste System eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zwingen damit in allen Bereichen private Anbieter, Medienhäuser und Rundfunkveranstalter in die Knie.

Wir von der FDP-Landtagsfraktion wollen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der seine Stärke nicht aus Privilegien und einer Angebotsexpansion bezieht, sondern aus breiter Akzeptanz für seine journalistische Qualität und Ausgewogenheit. Ein in diesem Verständnis deutlich schlanker öffentlich-rechtlicher Rundfunk konzentriert sich auf eine Grundversorgung. Er bringt diese, und das gelingt dann für den halben Preis.

Viele Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, private Fernseh- und Hörfunksender sowie internetbasierte

Anbieter stehen in Nordrhein-Westfalen aktuell vor immensen zukünftigen Herausforderungen. Sie haben ein tragfähiges Geschäftsmodell, aber leiden unter einem unfairen Wettbewerb der öffentlich-rechtlichen Vollkasko-Expansion, deren Anstalten vom Staat ihre Milliardeneinnahmen konjunkturunabhängig garantiert bekommen.

Das ist kein fairer Wettbewerb auf Augenhöhe. Sorgen Sie dafür, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seine Schranken verwiesen wird, verantwortungsvoll mit seinen Beitragsmilliarden umgeht und die Werbung vollständig den privaten Anbietern überlässt!

Eine solche Reform ist die eigentliche Zukunftsfrage für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen und die so wichtige Sicherung der Medienvielfalt in unserem Land. Wir sind ein facettenreiches Medienland und wollen nicht nur Sendegebiet des WDR sein. Diese Gretchenfrage, Herr Minister, müssen Sie als Landesregierung schnell beantworten, bevor es für Meinungsppluralität in unserem Land zu spät ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir helfen Ihnen gerne auch zukünftig weiter, was die Weiterentwicklung des Medienstandorts NRW angeht.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun der Kollege Tim Achtermeyer das Wort. Bitte sehr.

Tim Achtermeyer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleg*innen von den demokratischen Fraktionen! Sie sehen heute mich hier. Bitte fürchten Sie sich nicht. Es liegt daran, dass meine Kollegin Anja von Marenholtz krank ist. An der Stelle: Gute Besserung, liebe Anja.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dass der Medienhaushalt in diesem Jahr keine Steigerung verzeichnen kann, ist vor den Hintergründen, die wir heute gehört haben, sicherlich keine Überraschung. Ja, hier schmerzen uns die Kürzungen vor allem bei der Film- und Medienstiftung. Allerdings ist das auch mit Abstand der größte Einzeltitel im Medienhaushalt; somit ist auch dieser Einzeltitel am stärksten betroffen.

Es ist alternativlos, auch innerhalb des Medienhaushalts Schwerpunkte zu setzen. Es gibt Akteure im Medienbereich, bei denen eine Kürzung allerdings unmöglich ist. So bleibt – das ist uns auch ein großes Anliegen – das Grimme-Institut von Kürzungen unberührt. Gleichzeitig ist das auch bei den Zuschüssen an die Medien- und Kreativwirtschaft der Fall.

Jeder Punkt, bei dem wir aktuell nicht kürzen, ist eben ein Zeichen einer Prioritätensetzung. Da würde

ich schon gerne ein grundsätzliches Problem darstellen wollen, was sich hier aus meiner Sicht ergibt: Ich finde es ja in Ordnung, dass die Opposition sagt: „Eure Schwerpunkte sind falsch“. Es geht aber nicht, zu sagen: „Eure Schwerpunkte sind falsch, in keinem Punkt darf gekürzt werden, aber insgesamt müsst ihr sparen.“ – Das geht einfach nicht zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man der Auffassung ist, im Kinder- und Jugendbereich ist der Schwerpunkt falsch, müssen FDP und SPD auch die Ehrlichkeit haben zu sagen: A13 wollen wir nicht, wir wollen die Sprach-Kita nicht, und wir wollen da keinen Aufwuchs haben. – Das tun sie nicht. Ich finde das einfach ein bisschen unehrlich, wenn ich Ihnen das einmal sagen darf.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Medien mögen zwar im Vergleich zu Industrie und Bildung wie ein unspektakuläres Feld wirken, aber gerade die Wichtigkeit von Medienkompetenzförderung kann gar nicht genug betont werden. Ich habe gerade vier Tage Parteitag hinter mir; da gab es – Überraschung – nachts um eins irgendwann mal Pizza. Auf einmal war das ganze Netz voller KI-generierter Bilder, dass Pizzahorden ganze Parteitagsäle durchflutet hätten. Die AfD hat das mal wieder für wahr genommen oder zumindest so getan, als sei es so. Deswegen ist klar: Medienkompetenz brauchen wir. Das ist das beste Rezept gegen die an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Heiterkeit von Franziska Müller-Rech [FDP])

Deswegen ist es auch gut, dass sich das im Medienhaushalt abbildet. Ich glaube fest daran, dass uns Pizza retten kann.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Ansonsten wünsche ich Ihnen noch viel Spaß bei der Debatte. Manchmal ist es ja so: Man muss entscheiden, entweder mittags um 13 Uhr vor leerem Haus zu reden oder einen vollen Magen zu haben. Ich glaube, das ist ein guter Haushalt, der uns weiter zu dem Ziel bringt, auch in schwierigen Zeiten.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Essen Sie doch Pizza!)

– Ganz ruhig; Ihnen wünsche ich gleich auch noch guten Appetit. – Wir werben um Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun Herr Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im März dieses

Jahres wurde die Neuverfilmung von Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ mit vier Academy-Awards, also Oscars, ausgezeichnet, unter anderem: bester internationaler Film, beste Kamera, beste Filmmusik und bestes Szenenbild. Er war außerdem als erster deutscher Film überhaupt in der Königsdisziplin „bester Film“ nominiert.

Nun kann man sicherlich darüber streiten, wie vielsagend so eine Auszeichnung ist; zweifelsohne ist sie in der Branche aber die begehrteste und der Film nach diesem Maßstab der erfolgreichste deutsche Film aller Zeiten. Und nicht nur das: Er war auch wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich und bekam überwiegend gute bis sehr gute Kritiken.

Warum erwähne ich das an dieser Stelle? Diese deutsche Produktion ist eine der wenigen, die ohne jede staatliche Förderung ausgekommen ist, und weil wir hier gerade wieder darüber sprechen, weitere Millionen Steuergeld in ein System der Filmförderung zu pumpen, das nichts zu produzieren vermag als politisch korrektes unteres Mittelmaß, das sich international keiner freiwillig anschaut – und das in einem Land, wir haben es gerade gehört, das sich mit rund 9 Milliarden Euro Gesamtbudget ohnehin schon den teuersten staatlichen Rundfunk der Welt leistet.

Da müssen sich Herr Liminski und seine Vorgänger schon fragen lassen, wo denn die messbaren Erfolge dieser Medienpolitik, dieser Filmförderung in Deutschland sind. Wo sind denn die deutschen Filme, die von Ihnen gefördert werden und auch nur im Ansatz so erfolgreich waren wie „Im Westen nichts Neues“?

Aber messbare Erfolge und Publikumszufriedenheit kommen auf Ihrer Prioritätenliste ja gar nicht vor. Die Prioritäten von Schwarz-Grün und ihrer Filmförderungspolitik sind laut Koalitionsvertrag ganz andere – ich zitiere –:

„Bei der Vergabe der Fördermittel aus der Film- und Medienstiftung setzen wir uns dafür ein, für Filmproduktionen die Förderkriterien um nachhaltige Arbeitsweisen sowie die Einhaltung sozialer Standards sowie von Diversität bei Produktionen zu erweitern.“

Das Signal an die Produzenten lautet also: Produziert ruhig weiter Mittelmaß; solange das schräge Gesellschaftsideal schwarz-grüner Kulturbürokraten befriedigt wird, fließt auch weiter Fördergeld.

Damit steht NRW allerdings nicht alleine – die Misere ist vielmehr eine gesamtdeutsche. Wer heute in Deutschland einen Film produzieren will, muss sich im Dschungel unzähliger Landesförderanstalten und der Befindlichkeiten ihrer politischen Herren besser auskennen als im Handwerk eines Filmemachers. Die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein hat

diesen Missstand gleich verschriftlicht und gibt eine Diversity-Checklist für Filmemacher heraus.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Wir sind aber in NRW!)

In Frage vier erkundigt man sich etwa, ob die Geschlechter in der Geschichte ausgeglichen repräsentiert sind. Frage fünf: „Kommen bei den Figuren People of Color vor?“

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Frage sechs: „Tauchen Figuren mit anderer als heterosexueller Orientierung auf?“ Frage neun: „Durch welche Ansätze in der Figurenentwicklung werden klischeehafte Rollenbilder vermieden? (bitte beschreiben)“ Frage zehn: „Werden bei der Besetzung Schauspieler*innen berücksichtigt, die die Erfahrungen von Menschen aus in Deutschland relativ unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen teilen?“ Frage 11: „Berücksichtigen Sie Schauspieler*innen, die zu People of Color zählen?“

Ja, meine Damen und Herren, viele weiße Männer und keine Transsexuellen im Schützengraben – das wäre für „Im Westen nichts Neues“ wohl nichts geworden mit der deutschen Filmförderung. Schön übrigens auch Frage 16: „Machen Sie spezielle Angebote, um Mitarbeiter*innen aus Bevölkerungsgruppen für Ihr Team zu gewinnen, die in Deutschland unterrepräsentiert sind?“ Schließlich wird dann noch vom Produzenten bis zum Maskenbildner abgefragt, wie sich die Betroffenen einordnen: männlich, weiblich oder divers.

Ich weiß nicht, wie viele Leute ins Kino gehen und sich fragen, ob der Beleuchter pansexuell ist oder eine Migrationsgeschichte hat.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Sie sollten öfter mal ins Kino gehen!)

Mich persönlich interessiert es nicht, und ich glaube, die ganz große Mehrheit des Publikums interessiert es auch nicht. Wenn Sie sich für so etwas interessieren – Sie protestieren ja gerade –, dann schauen Sie sich meinerwegen solche Produktionen an, aber zwingen Sie doch bitte nicht unsere Steuerzahler, diesen Quatsch auch noch zu bezahlen. Aus diesem Grund lehnen wir auch hier den Einzelplan ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Nathanael Liminski das Wort.

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren

Abgeordnete! Herr Tritschler, da Ihnen ja angeblich die Heimat so sehr am Herzen liegt: Das hier ist Nordrhein-Westfalen und nicht Hamburg.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Ich sage es heute mittlerweile zum vierten Mal an diesem Rednerpult, denn es bleibt richtig: Auch das Medienkapitel im Einzelplan 02 steht für das Haushaltsjahr 2024 unter gänzlich anderen, schwierigeren Vorzeichen als die vorangegangenen Haushaltsjahre. Nichtsdestotrotz lohnt sich ein Blick in die letzten Jahre.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ja, ja!)

Nachdem der Medienetat seit 2017 beständige Aufwüchse um 70 % oder von rund 22 Millionen Euro auf heute rund 38 Millionen Euro verzeichnen konnte, haben wir nunmehr mit Blick auf das kommende Jahr ein Plateau erreicht, um es einmal so zu formulieren. Denn auch im Medienkapitel führt kein Weg daran vorbei, zu konsolidieren und sparsam zu sein.

Was heißt das in Zahlen? Das heißt in Zahlen, dass der Gesamtetat um 1 Million Euro von 38 auf 37 Millionen Euro sinkt. Das führt natürlich auch dazu, dass wir uns in den verschiedenen Bereichen entsprechend konzentrieren müssen.

Mit Blick auf die Film- und Medienstiftung, die schon angesprochen worden ist, werden wir im kommenden Jahr mit Einsparungen konfrontiert sein. Sie bleibt allerdings – und das möchte ich hier ganz bewusst festhalten – die zentrale Agentur zur Förderung des Film- und Games-Standorts hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Zusätzlich zu den für alle sichtbaren Einsparungen im Haushalt kommen noch weitere Einsparungen bei den Selbstbewirtschaftungsmitteln der Film- und Medienstiftung hinzu; ich habe dazu bereits im Medienausschuss berichtet. Ich bin allerdings zuversichtlich, dass wir mit dem neuen Geschäftsführer Walid Nakschbandi die richtige Figur gefunden haben, um in dieser herausfordernden Zeit dennoch mit der Film- und Medienstiftung Akzente im Bereich der Filmpolitik zu setzen.

Außerdem gehört zur Wahrheit dazu, dass es 2024 trotz dieser herausfordernden Bedingungen immer noch 7,5 Millionen Euro mehr sind als 2017. Der Etat für den kulturellen Film wird bei 1,8 Millionen Euro bleiben. Wir können damit sagen: Nordrhein-Westfalen wird auch in Zukunft die entscheidenden Akzente in der Branche setzen, wenn es um die Film- und Fernsehpolitik in unserem Land geht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

In gleicher Weise gilt das für den Bereich der Games. Hier bleibt es bei der Förderung von 3,5 Millionen Euro. Das ist angesichts der schwierigen Haushaltslage ein wichtiges Signal für die Branche und wird dort auch gesehen. Wir sind es dieser aufstrebenden

Branche allerdings auch schuldig, nicht zuletzt deshalb, weil die Förderung seitens der Bundesregierung weiterhin sehr unstetig bleibt.

Es ist ein gutes Signal, dass im Rahmen der Bereinigungssitzung im Bundeshaushalt zusätzliche Mittel bereitgestellt werden können. Dass diese jetzt allerdings aus dem Wirtschaftsministerium zur BKM im Kanzleramt wechseln, kann ich noch nicht wirklich als gutes Signal bezeichnen. Denn wir haben im Bereich der Presseförderung damit eher schlechte Erfahrungen gemacht. Aber wir bleiben konstruktiver Partner, wenn es jetzt darum geht, dafür die richtigen Wege zu finden.

Mit Blick auf den Medienstandort ist es natürlich wichtig, dass wir neben der Filmförderung und der Games-Förderung entsprechende Möglichkeiten der Vernetzung haben; Frau Blumenthal hat es gerade angesprochen. Ich glaube, wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Landschaft von guten Veranstaltungen, die wir auch im kommenden Jahr trotz der schwierigen Haushaltslage mit Blick auf die Förderung durch das Land aufrechterhalten wollen. Die Landesregierung bleibt ein verlässlicher Partner, und es gelingt uns sogar, trotz dieser Situation neue Akzente zu setzen. Ich denke etwa an das „Serien-camp“, das wir von München nach Köln geholt haben. Das war ein voller Erfolg in seiner ersten Ausgabe, und insofern freue ich mich schon auf die zweite im kommenden Jahr.

Ich denke aber auch an das erste „b° future festival“ unseres Bonn Institutes. Insofern will ich sagen: Frau Blumenthal, wenn Sie ein Vernetzungstreffen der Journalistinnen und Journalisten in unserem Land suchen, dann fahren Sie im Oktober nächsten Jahres nach Bonn.

(Ina Blumenthal [SPD]: Muss ich dann nicht mehr nach München?)

Dort werden Sie nicht nur aus Nordrhein-Westfalen, sondern aus der ganzen Welt viele begeisterte Journalistinnen und Journalisten erleben. Ich habe es bereits im September dieses Jahres erleben dürfen. Ich meine, das ist eine Veranstaltung mit Zukunft und insofern ein echtes Zeichen für Hoffnung.

(Beifall von der CDU)

Dass das auch international gesehen wird, habe ich in New York gemerkt,

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Mein Gott!)

als ich mich bei den Vereinten Nationen dafür stark gemacht habe, dass es eine Förderung auch aus UN-Mitteln für dieses Institut gibt. Dort hat man das sehr aufmerksam verfolgt und wusste, worüber ich rede. Das ist nicht selbstverständlich.

(Ina Blumenthal [SPD]: Das stimmt!)

Aber ich glaube, dass der Kampf gegen Desinformation, auch durch das Bonn Institute, ein wichtiger Beitrag aus Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von der CDU)

Ein anderer wichtiger Beitrag im Kampf gegen Desinformation ist, die Bürgerinnen und Bürger, die Empfängerinnen und Empfänger, die Nutzerinnen und Nutzer selber zu ertüchtigen, entsprechend Medienkompetenz aufzuladen. Hier werden wir am #Digital-CheckNRW festhalten, und ich danke für die Unterstützung aus dem Landtag für unsere Maßnahmen im Bereich der Medienkompetenzförderung.

Wir müssen anerkennen, dass sich Medienpolitik nicht mehr wie früher darin erschöpft, Rahmenbedingungen für Sender zu gestalten. Vielmehr heißt Medienpolitik neben dem Vollzug unserer Gesetze im Netz und überall sonst heute auch, darauf zu achten, dass wir im Sinne der Prävention die Empfängerinnen und Empfänger, die Nutzerinnen und Nutzer darin ertüchtigen, zwischen Fake News und verlässlichen Quellen zu unterscheiden. Das ist etwas, was wir als Landesregierung in dieser Koalition weiter verstärken wollen.

(Beifall von der CDU)

Ich komme zum Schluss und möchte kurz auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingehen. Herr Witzel, dieser ist nicht unbedingt Gegenstand des Einzelplans 02, aber er ist Gegenstand der Medienpolitik in diesem Land. Ich habe immer gesagt, dass ich mich für einen stabilen Beitrag einsetze. Wir haben nun eine erste KEF-Empfehlung vorliegen. Die wird, wie Sie wissen, noch einer Anhörung unterzogen und dann im Februar vollendet. Es gibt dazu vielfältige Gesprächskontakte mit den Sendern, mit den anderen Ländern. Ich habe gestern Abend die ARD-Intendanten in Köln begrüßen dürfen und erlebe überall ein sehr gesteigertes Problembewusstsein mit Blick auf die politische Wirkung eines potenziell erhöhten Beitrags.

Wir müssen aber auch anerkennen – und auch das gehört zu einer ehrlichen Debatte dazu –: Dass der Rundfunkbeitrag stabil bleibt und wie von Zauberhand gar keine Änderung erfährt, während alles andere drumherum teurer wird, ist nicht so leicht, wie es sich anhört. Insofern ist das jetzt ein hartes Stück Arbeit, das vor uns liegt.

Mir liegt daran, dass wir, Politik und Anstalten, bei der Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks politisch nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. Das ist das, was es ausmachen muss. Denn wir alle hier wissen doch um den Wert eines solchen Systems angesichts polarisierter Zeiten. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Ende der Aussprache zum Einzelplan 02. Wir kommen allerdings nicht zur Abstimmung, da wir vereinbart haben, dass in der Mittagspause bis 14 Uhr keine Abstimmungen stattfinden. Wir holen das gleich nach.

Somit kommen wir zu:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6805 und auf die in der aktuellen Tagesordnung zu den Einzelplänen aufgeführten Änderungsanträge.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erste ist die Kollegin der SPD an der Reihe. Die Kollegin Engin hat jetzt das Wort. Bitte sehr.

Dilek Engin (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, beginne ich mit einem Zitat. Der ehemalige Vizekanzler Franz Müntefering hat gesagt: Man muss die Wirklichkeit so nehmen wie sie ist, aber man darf sie nicht so lassen.

Die Wirklichkeit unter Schwarz-Grün sieht wie folgt aus: Jedes vierte Grundschulkind kann nicht richtig lesen. Jede zweite Schulleiterstelle an Grundschulen ist unbesetzt. Uns fehlen 6.700 Lehrkräfte. Die tarifangestellten Lehrkräfte werden dabei von der Landesregierung komplett vergessen. Es ist also kein Wunder, dass sie in der nächsten Woche wieder für eine bessere Bezahlung streiken müssen.

Auch verbeamteten Lehrkräften geht es schlecht. Die Arbeitsbelastung ist enorm angewachsen und treibt viele Lehrkräfte in Teilzeit oder – schlimmer noch – in ein Burn-out. Ein veraltetes Arbeitszeitmodell und eine unfaire Besoldungsstruktur machen den Lehrertag für viele kaum erträglich.

Diese Zustände zeigen sich bei den desaströsen bundesweiten Vergleichen. Ob beim IQB-Bildungstrend, dem Bildungsmonitor oder den Pro-Kopf-Ausgaben: NRW ist die Wüste der deutschen Bildungslandschaft.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Hinzu kommt eine völlig überforderte Landesregierung, die die Probleme nicht in den Griff bekommt. Und was macht Ministerpräsident Wüst? War Bildung noch sein großes Wahlkampfthema, hüllt er sich jetzt lieber in Schweigen. Schließlich ist er als

Chef von NRW voll für Schulen verantwortlich und kann hier nicht wie sonst nach Berlin zeigen.

Er und die anderen Koalitionäre von Schwarz-Grün waren in ihrem Vertrag noch optimistisch. Da haben sie noch vom Vorrang der Bildung und einer Chancengerechtigkeit im Bildungsland gesprochen.

Die Worte von Schwarz-Grün klingen gut, entsprechen aber nicht der Wahrheit. Im Vergleich zum Gesamthaushalt wächst der Bildungsetat nämlich unproportional schwächer an. Andere Bereiche erhalten mehr Gelder. So sieht ein Vorrang nicht aus, liebe CDU und liebe Grüne. Viel schlimmer ist noch: Sehenden Auges drohen unsere Ganztags Träger pleite zu gehen.

(Beifall von der SPD)

Ihre Ausgaben im Bildungsbereich kann man nur noch als Wirklichkeitsflucht bezeichnen. Sie verstecken sich vor den Problemen dieses Landes. Dabei müssen wir doch jetzt hinschauen, was an den Schulen schief läuft. Wir müssen jetzt mehr in unsere Kinder und ihre Bildung investieren. Denn die Arbeitswelt von morgen braucht alle Kinder von heute, wenn wir dem Fachkräftemangel etwas entgegensetzen wollen. Dafür machen wir uns als SPD stark.

Gemeinsam mit der NRW.BANK haben wir die Chance, den Investitionsstau anzugehen, wenn wir das Programm „Gute Schule“ bis 2030 mit neuen Krediten fortsetzen. So lassen sich Hunderte weitere Schulen modernisieren, ohne das Land finanziell zu überfordern.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen präsent ist, Frau Feller und Frau Paul: Wenn wir den OGS-Rechtsanspruch ab 2026 tatsächlich umsetzen wollen, dann brauchen die Kommunen und die Träger endlich Planungssicherheit.

(Beifall von der SPD)

Nicht ohne Grund standen deshalb im Oktober mehr als 22.000 Menschen der Freien Wohlfahrt vor dem Landtag. Die haben da nicht für Schwarz-Grün geklatscht, sondern lautstark für mehr soziale Politik protestiert. Denn das System der Kitas und der OGS steht vor dem Kollaps. Wenn das System kollabiert, dann war es das mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ist das denn sowohl der CDU als auch den Grünen völlig egal? Das fragen wir uns. Es ist zugleich ein herber Schlag für die Gleichstellungspolitik, wenn die Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gegeben sind.

Wir fordern im Schuletat ein OGS-Rettungspaket in Höhe von 100 Millionen Euro. Die gestrige Anhörung zu unserem Antrag hat noch einmal bestätigt, wie dringend dieses Geld benötigt wird. Zudem müssen wir mit mehr Geldern neben dem OGS-Ausbau auch den Ausbau von Familiengrundschulzentren vorantreiben und vor allem in sozial schwächeren Quar-